



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** begrüsst die Mitglieder des Gemeinde- und des Stadtrates, die Medienvertretenden und die Gäste zur vierten Stadtratssitzung des Jahres 2014 im Schulzentrum Kreuzfeld 1. Da die Alte Mühle durch die Gartenoper belegt werde und nicht zur Verfügung stehe, finde die heutige Stadtratssitzung im Singsaal des Kreuzfeldschulhauses 1, welches von Langenthalern gerne als "Schulhaus mit der Uhr" bezeichnet werde, statt.

In den vergangenen Wochen habe sich auf nationaler, kantonaler, kommunaler oder zumindest auf lokaler Ebene so Einiges ereignet:

- In Langenthal herrsche nach wie vor eine rege innerstädtische Bautätigkeit. Dementsprechend erfreulich werde wohl für alle die "Zeit danach" sein.
- Der Wuhrplatz sei vom 12. bis 15. Juni 2014 einmal mehr von Langenthaler Schülerbands belebt worden. Der Anlass sei ein Überbleibsel aus dem Jubiläumsjahr 1150-Jahre Langenthal und ein gelungener Event.
- Allen sei die grosse Hitze über Pfingsten sicher in Erinnerung. Am längsten werde sich wohl der Stadtpräsident Thomas Rufener daran erinnern, der am 8. Juni einen runden Geburtstag habe feiern können, wozu er dem Stadtpräsidenten im Namen des Stadtrates nachträglich gratuliere.
- Heiss sei es zur Zeit auch an der FIFA Fussball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien, wo von den meisten Nationalteams tolle Leistungen gezeigt werden. Betreffend die Leistung des Schweizer Nationalteams gelte es hoffnungsvoll den Mittwoch abzuwarten.

Das Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 2014 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteile er der Protokollführerin das Wort zum **Appell**:

- **37** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
  - **2** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells betrage 19.

Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet oder vorliegend.

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **37** Stadratsmitglieder anwesend. Ab 19.10 Uhr (Traktandum Nr. 1) sind **38** Stadratsmitglieder anwesend.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 1. Gemeinderechnung für das Jahr 2013; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Von der Revisionsgesellschaft Ernst & Young AG Bern, sei Herr Patrick Schmid anwesend, dem er bestens für die geleistete Arbeit danke.

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Jürg Häusler (SVP):** Letztes Jahr habe eine Punktlandung präsentiert werden können, was dieses Jahr nicht ganz gelungen sei. Das Rechnungsergebnis stimme trotzdem sehr positiv, obschon es beinahe zynisch klinge, bei roten Zahlen Freude zu zeigen. Mit seinen Ausführungen werde er aber aufzeigen können, dass das Ergebnis gewisse Interpretationen zulasse, die für Langenthal sehr positiv aussehen.

Der Gemeinderat lege Wert darauf, dass der Stadtrat diesbezüglich informiert werde, weil dieser Trend vielleicht etwas zu wenig klar aus der medialen Berichterstattung herausgegangen sei.



stadtlangenthal

**Rechnung 2013 – Stadt Langenthal**

**Ergebnis**

<u>Vergleich Rechnung / Voranschlag</u>	
Aufwandüberschuss Laufende Rechnung	Fr. -7'647'642.22
Aufwandüberschuss gemäss Voranschlag	Fr. -10'487'063.00
Verbesserung gegenüber Voranschlag	Fr. 2'839'420.78
Vergleich 2012:	Fr. -7'472'839.45

stadtlangenthal

Die Rechnung schliesse um beinahe Fr. 3 Mio. besser ab als budgetiert. Die Gründe, die zur Entspannung des Ergebnisses beigetragen haben, seien vielfältig. Im Vergleich mit dem Vorjahr sei der Aufwandüberschuss zwar etwas angewachsen, er bewege sich aber - aufgrund der Netto-Lastenausgleichszahlungen in der Höhe von Fr. 800'000.00 - in einem vertretbaren und damit erklärbaren Mass.

Die Verbesserung des Resultats löse möglicherweise Unkenrufe aus, dass zu pessimistisch budgetiert worden sei, was aber nicht zutreffe. Die Budgetierung sei realistisch vorgenommen worden und speziell im Bereich der Steuern werde jeweils und bekanntermassen eher sportlich budgetiert. Das verbesserte Ergebnis sei auch im Rechnungsjahr 2013 zu einem schönen Teil auf Sonderfaktoren und auf eher zufällig zustande gekommene, erfreuliche Entwicklungen zurückzuführen. In anderen Jahren werde es voraussichtlich wieder in eine andere Richtung gehen, wie das im Jahr 2011 der Fall gewesen sei. Die Budgetierung der Stadtrechnung werde durch vielseitige Faktoren geprägt, die nur zum Teil oder gar nicht beeinflussbar seien.



Weil die Zahlen interpretationsbedürftig seien, gelte es in das Ergebnis einzuordnen, dass die Eliminierung der freiwilligen Abschreibungen von Fr. 4.28 Mio. sowie der Sonderfaktoren (Veräusserungsgewinne aus Landverkäufen, Erträge aus Spezialfinanzierungen Parkplätze und Zivilschutzraumpflicht) ein bereinigtes Ergebnis von Minus Fr. 4.15 Mio. ergebe. Die Steueranlage von 1.48 führe somit in einem als gut zu bezeichnenden Jahr zu einem Verlust von Fr. 4.15 Mio., was rund 2 Steuerzehntel seien. Dieser Betrag deute auf Handlungsbedarf hin. Fr. 4.15 Mio. seien rund 3,8% eines Aufwandes von fast Fr. 110 Mio.

Mit einem Eigenkapital von nahezu Fr. 100 Mio. könne diese Summe kurz- und mittelfristig aufgefangen werden, was aber nicht zu einem Dauerzustand werden dürfe, sondern nur eine Übergangslösung sein könne.

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

in Fr.	Jahresrechnung 2013	Voranschlag 2013
<b>Aufwandüberschuss</b>	- 7.65 Mio.	- 10.48 Mio.
Übrige, d.h. freiwillige Abschreibungen	+ 4.28 Mio.	+ 3.82 Mio.
Ausserordentliche Einnahmen (Buchgewinne Landverkäufe)	- 0.35 Mio.	0.00 Mio.
Ertrag aus Entnahme SF Parkplätze und SF Zivilschutzraumpflicht (zur Finanzierung übriger Abschreibungen)	- 0.43 Mio.	
<b>"Bereinigtes Ergebnis"</b>	<b>- 4.15 Mio.</b>	<b>- 6.66 Mio.</b>

Stadtrat vom 23. Juni 2014

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

### Bereiche mit positiver Wirkung

	Rg 13	VA 13	Verbesserung
<b>Mehrerträge</b>			
■ Nach- und Strafteuern	0.6 Mio.	0.0 Mio.	0.6 Mio.
■ Gewinnsteuern Juristische Personen	4.5 Mio.	4.0 Mio.	0.5 Mio.
■ Buchgewinne Liegenschaftsverkäufe	0.3 Mio.	0.0 Mio.	0.3 Mio.
■ Bestattungswesen netto (v.a. Krematorium)	0.4 Mio.	0.1 Mio.	0.3 Mio.
■ Allgemeine Einkünfte Sozialamt	Div.	Div.	0.3 Mio.
■ Sonderveranlagungen Steuern	0.8 Mio.	0.6 Mio.	0.2 Mio.
■ Netto-Mehrerträge Steuerverluste/Zinsen	0.4 Mio.	0.2 Mio.	0.2 Mio.
■ Finanzausgleich Disparitätenabbau	1.8 Mio.	1.6 Mio.	0.2 Mio.
■ Zivilschutz/Militärische Einquartierung	Div.	Div.	0.2 Mio.

Stadtrat vom 23. Juni 2014

Wesentliche Abweichungen die zur Verbesserung oder Verschlechterung des Budgets führen:

Die auffallend hohen Nachsteuern seien aufgrund von Selbstanzeigen eingefordert worden. Das Resultat sollte aber nicht zur Annahme verleiten, diesen Bereich alle Jahre in dieser Höhe budgetieren zu können, da die Selbstanzeigen allenfalls wegen des ausgeübten Drucks auf das inländische Bankgeheimnis gemacht worden seien.

Die Gewinnsteuern der juristischen Personen seien gegenüber dem langjährigen Durchschnitt deutlich höher. Auch in diesem Bereich dürfe nicht erwartet werden, dass diese Erträge künftig in dieser Höhe fliessen, da Werte vielfach durch Rückzahlungen in späteren Jahren auszugleichen seien, was dann weniger positiv zu Buche schlagen werde. Tatsache sei aber, dass die Langenthaler Unternehmen in den letzten drei, vier Jahren gute Geschäfte gemacht haben und gute versteuerte Gewinne erzielt haben. Zudem könne die Konjunktur nach wie vor als gut bezeichnet werden.

Auch die höheren Einkünfte im Bereich des Sozialamtes, die grösstenteils aus Inkassoprovisionen, Abgeltungen im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes etc. sowie aus grösseren Abgeltungen aus dem Finanzausgleich des Kantons herrühren, seien erfreulich. Die Erträge in diesem Bereich könnten künftig wieder sinken, insbesondere dann, wenn die Steuererträge Langenthals im Gemeindevergleich überproportional ansteigen würden.



Die Minderaufwendungen seien insbesondere im Bereich des Lastenausgleichs erfreulich. Die Minderaufwendungen bei den Lehrgelohnkosten seien auf die Anstrengungen zur Optimierung der Klassengrößen zurückzuführen.

Die von der Stadtverwaltung und von der Politik direkt beeinflussbaren Positionen (Sach- und Personalaufwand) würden ebenfalls eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag zeigen, was ein Indiz dafür sei, dass bei den Kosten nicht überbordet worden sei, und dass diese im Griff gehalten werden könnten.

Die harmonisierten Abschreibungen seien aufgrund der in den letzten Jahren nicht ganz vollständig erreichten Investitionsquote tiefer.



Die Steuererträge seien interpretierbar.

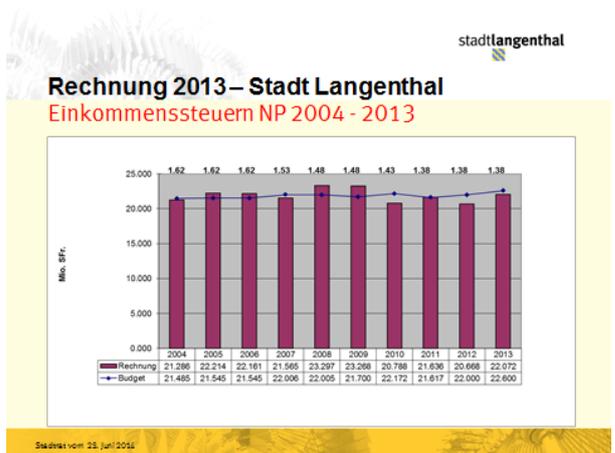
Die Steuererträge der Einkommenssteuern seien auf den ersten Blick relativ stagnierend auf Fr. 21 bis Fr. 22 Mio.



Die höheren Abschreibungen seien, wie zu Beginn erwähnt, jeweils aus dem Ergebnis herausgerechnet.

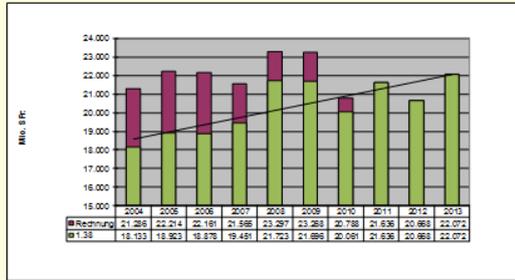
Im Bereich des Lastenausgleichs – insbesondere im Bereich der Sozialhilfe - habe Langenthal mit höheren Kosten zu rechnen.

Bei den Einkommenssteuern seien weniger Erträge generiert worden, obschon sich die Fr. 22.1 Mio. auf einem Rekordniveau befinden. In den Steuerteilungen habe ein schwächeres Jahr in Kauf genommen werden müssen. In den Folgejahren sollte sich in diesem Bereich eine Verbesserung abzeichnen.





## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal Einkommenssteuern NP 2004 – 2013 (Basis 1.38)



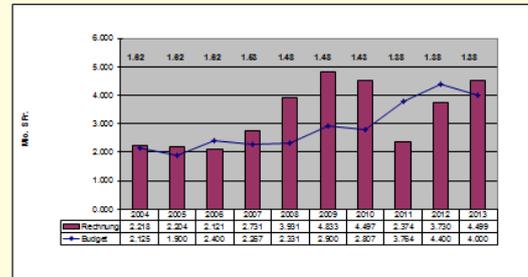
Stadtrat vom 23. Juni 2014

Anhand dieser Darstellung sei eine Trendsteigerung jedoch deutlich erkennbar.

Die auf der Steueranlage von 1.38 standardisierte Darstellung zeige, dass heute - im Vergleich mit dem Jahr 2004 (Fr. 18 Mio.) - rund Fr. 22 Mio. Steuern resultieren, was rund 22% mehr Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen bedeute.

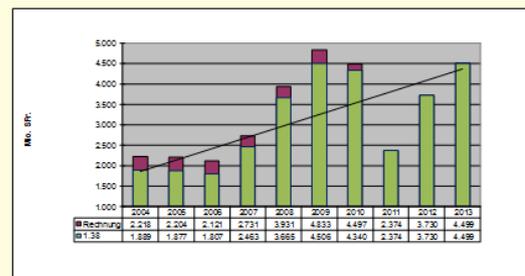
Obwohl bei den juristischen Personen eine etwas höhere Volatilität (Instabilität) zu erkennen sei, lasse sich eine Trendsteigerung verzeichnen.

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal Gewinnsteuern JP 2004 - 2013



Stadtrat vom 23. Juni 2014

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal Gewinnsteuern JP 2004 – 2013 (Basis 1.38)



Stadtrat vom 23. Juni 2014

Die Volatilität der Steuereinnahmen juristischer Personen an sich und der Blick auf die Unternehmenssteuerreform 3, lassen in den kommenden Jahren jedoch auf empfindliche Einbußen schliessen.



Bei den Lastenausgleichssystemem sei in den letzten Jahren eine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen. Seit dem Jahr 2004 betrage der Anstieg der an den Kanton abzuliefernden Kosten knapp 40%. Fairerweise festzuhalten sei, dass wer etwas zahle auch Leistungen (beispielsweise: Sozialhilfeleistungen, Lehrgelhaltskosten, ÖV-Kosten etc.) zu Gute habe.

Ein Fakt sei aber auch, dass diese Leistungen immer teurer werden und dass den Gemeinden relativ wenig oder geringe Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Wie bereits erwähnt, befinde man sich betreffend die Gesamtposition der Lehrgelhaltskosten auf dem richtigen Weg. In diesem Bereich zeige sich, dass eine Überprüfung und Optimierung der Klassengrössen eine positive Auswirkung auf die Lastenverteilsysteme habe.

stadtlangenthal

### Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

#### Einordnung des Ergebnisses

- Ergebnis insgesamt als erfreulich einzustufen
- Steuererträge JP: Sehr erfreulich
- Steuererträge NP: Gut (obwohl Budgetwerte nicht ganz erreicht)
- Steuererträge Nach-/Strafsteuern: Einmaliger Charakter
- Erfreulich: Personalaufwand und Sachaufwand besser als budgetiert
- Lastenausgleich: weiterer Anstieg zu verzeichnen, wenn auch leicht gebremst

→ Trotzdem: immer noch ein Minus auf bereinigter Basis bei Fr. 4.1 Mio.

Stadtrat vom 23. Juni 2014

Mit Ergebnis 2013 könne eine kleine Verschnaufpause eingelegt werden. Trotzdem sei der Gemeinderat stetig und weiterhin darum bemüht, Mass zu halten, Aufgaben zu hinterfragen und auch zu versuchen, neue Einnahmequellen zu optimieren oder gar zu erschliessen. In diesem Zusammenhang verweise er auf das "Projekt zur Aufgaben- und Ertragspotentialanalyse (AEA)". Der Entscheid für dieses bereits angelaufene Projekt sei genau im richtigen Zeitpunkt gefällt worden.

Die Investitionen im Jahr 2013 würden wiederum einen hohen Wert erreichen, obschon die Investitionsquote im Investitionsplan nicht erfüllt worden sei. Die Nettoinvestitionen des Jahres 2013 belaufen sich auf rund 68%.

stadtlangenthal

### Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

#### Anteil Lastenverteilsystem Kanton

Jahr	Mio. CHF
2004	12.691
2005	13.722
2006	14.129
2007	14.811
2008	15.904
2009	14.477
2010	15.788
2011	16.748
2012	16.932
2013	17.748

Ab 2009 keine Belastung mehr für Anteil Anfr. und Anst. 10. 100% Sachabteilung und Fr. 2.1 Mio.

Stadtrat vom 23. Juni 2014

stadtlangenthal

### Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

#### Investitionen

- Bruttoinvestitionen 13.3 Mio.
- Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen 2.2 Mio.
- Nettoinvestitionen 11.1 Mio.
- > Minderausgaben gegenüber Investitionsplan 2013 - 2017 6.8 Mio.
- 68% Realisierung (Basis Nettoinvestitionen)

#### Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

- Kreuzfeld K 4 - Sanierung 3.3 Mio.
- Kreuzfeld K 1 - Sanierung 2.8 Mio.
- Obere Marktgasse inkl. Beleuchtung 1.3 Mio.
- Verwaltungszentrum Einwohnerschalter 0.5 Mio.
- Sanierung Stadttheater, Projektierung Vorprojekt 0.5 Mio.
- div. Kanalisationsarbeiten 1.0 Mio.

Stadtrat vom 23. Juni 2014



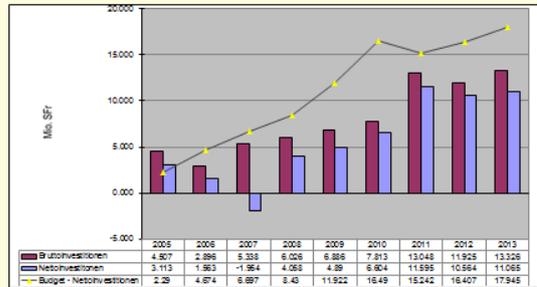
# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

stadtlangenthal

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

### Investitionen 2005 – 2013



Stadtrat vom 23. Juni 2014

Die Kostenseite habe sich im Vergleich zum Voranschlag marginal schlechter aber begründbar entwickelt. Andererseits habe auf der Ertragsseite eine deutlich positivere und damit nachhaltigere Entwicklung stattgefunden, als erwartet.

stadtlangenthal

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

### Zusammenfassung

Aufwand	Voranschlag	106.6 Mio.
	Rechnung	107.1 Mio.
	Verschlechterung	- 0.5 Mio.
Ertrag	Voranschlag	96.1 Mio.
	Rechnung	99.5 Mio.
	Verbesserung	3.4 Mio.
Ergebnis	Voranschlag	- 10.5 Mio.
	Rechnung	- 7.6 Mio.
	Verbesserung	2.9 Mio.

Stadtrat vom 23. Juni 2014

Die Forderung "am Ball zu bleiben" bleibe bestehen, um die Stadt für die Einwohnenden, für die Gewerbetreibenden, für Veranstalter, für Sportler, für Kulturschaffende etc. interessant zu erhalten.

Insgesamt könne die Stadt Langenthal eine nachhaltige und positive Entwicklung feststellen, die anders als in anderen Gemeinden, nicht nur einen "Einmalcharakter" habe.

Der vom Stadtrat formell zu genehmigende Beschlussespunkt b) betreffe die Spezialfinanzierung Parkplatz/Parkhäuser.

stadtlangenthal

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

### Zusammenfassung

Ergebnis: Verbesserung im Vergleich zum Voranschlag!

### Die wesentlichen Positionen

- Mehrertrag bei den Nach- und Strafsteuern sowie Steuern JP
- Mehrertrag Finanzausgleich, Minderaufwand Lastenausgleich Lehrergehälter/ÖV
- Mehrertrag Buchgewinne Immobilien
- Mehrertrag Bestattungswesen
- Minderaufwand Abschreibungen
- Minderaufwände beim Sachaufwand und Personalaufwand
- Minderertrag Steuern Natürliche Personen und Steuerteilungen
- Mehraufwand bei Lastenausgleichen Sozialhilfe

Stadtrat vom 23. Juni 2014

stadtlangenthal

## Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

### Beschluss:

- a) Die Gemeinderrechnung für das Jahr 2013, nämlich
  - die Gemeinderrechnung der Stadt Langenthal mit Verwaltungs- und Bestandesrechnung
  - die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal werden genehmigt.
- b) Der erforderliche Nachkredit von Fr. 300'000.00, Konto 250.332.00 «übrige Abschreibungen» wird genehmigt.
- c) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Stadtrat vom 23. Juni 2014



Aus der Spezialfinanzierung seien Fr. 300'000.00 für die Investition des Wuhr-Parkplatzes entnommen worden, die als Ertrag der Laufenden Rechnung 2013 gutgeschrieben worden seien (Stadtratsbeschluss vom 24. August 2009).

Der Betrag sei richtigerweise über die übrigen Abschreibungen direkt abzuschreiben, da die getätigte Investition ordentlich über die Investitionsrechnung abgeschrieben werde und, um eine nicht gerechtfertigte Besserstellung der Rechnung 2013 zu verhindern.

**GPK-Mitglied Matthias Bärtschi (BDP):** Im Namen der Geschäftsprüfungskommission informiere er kurz über die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsprüfungskommission und der Revisionsgesellschaft: Das Rechnungsprüfungsorgan (Ernst & Young AG, Bern) habe die Rechnung 2013 geprüft. An den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission an denen auch Vertreter der Revisionsgesellschaft teilgenommen haben, seien sämtliche Fragen der Geschäftsprüfungskommission ausführlich und kompetent beantwortet worden. Über die von der Revisionsgesellschaft durchgeführten Kontrollen und die Ergebnisse daraus, sei die Geschäftsprüfungskommission jeweils detailliert informiert worden. Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission bewähre sich die Zusammenarbeit mit der Ernst & Young AG. Die Geschäftsprüfungskommission werde deshalb dem Stadtrat anlässlich der Sitzung am Montag, 18. August 2014 die Fortführung der Zusammenarbeit mit der Ernst & Young AG um ein weiteres Jahr (für die Revision der Rechnung 2015) beantragen.

Im Weiteren stelle die Geschäftsprüfungskommission die formelle Richtigkeit der Vorlage Gemeinderrechnung 2013 fest.

**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Die SVP-Fraktion habe die Jahresrechnung 2013 mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion danke allen, die an der sehr sorgfältig geführten Rechnung beteiligt seien für ihre Arbeit sowie Herrn Gemeinderat Jürg Häusler für die heutigen Ausführungen.

In der Rechnung 2013 werde ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 7,6 Mio. ausgewiesen. Damit resultiere gegenüber dem Voranschlag eine Besserstellung von rund Fr. 2,8 Mio, was natürlich erfreulich sei, obschon diese Verbesserung zur Hauptsache durch nicht budgetierte Faktoren verursacht worden sei (Buchgewinne). Die Besserstellung sei auch durch Faktoren entstanden, die von der Stad nicht – oder zumindest nicht direkt - beeinflusst werden können (Steuererträge, Finanz- und Lastenausgleich). Dass die Steuererträge nach einer rund dreijährigen Stagnation wieder zunehmen, werde natürlich mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Ein nicht unwesentlicher Anteil an den Steuererträgen werde von den juristischen Personen geleistet, was ein Hinweis darauf sei, dass es in der Stadt offensichtlich prosperierende Firmen gebe, wovon alle erheblich profitieren können. Mit noch attraktiveren Bedingungen zur Attraktivierung der Stadt als Wohnort und Firmensitz, würden die Steuereinnahmen noch einmal nachhaltig gesteigert werden können. In diesem Zusammenhang erinnere er bereits an das Traktandum Nr. 3 des heutigen Abends (ESP Bahnhof), welches es schon an dieser Stelle zu berücksichtigen gelte.

Klar zur Kenntnis zu nehmen sei aber auch, dass die Ausgaben erneut gestiegen seien. Gegenüber dem Vorjahr seien sowohl die Personalkosten als auch die Sachaufwendungen gewachsen. Gemeinderat Jürg Häusler habe erwähnt, dass die veranschlagten Kosten nicht erreicht worden seien. Ein Vergleich mit dem Jahr 2012 zeige aber, dass die Kosten höher seien. Allen sei bekannt, dass das strukturelle Defizit das grösste Problem darstelle. Dieses sei bei effektiver Betrachtung im Jahr 2013 nicht kleiner, sondern grösser geworden.

Rechnung 2013 – Stadt Langenthal

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stadtrat vom 23. Juni 2014



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Die SVP-Fraktion erachte die momentane Selbstfinanzierung als absolut ungenügend. Aus eigener Kraft könnte die Stadt heute Investitionen von rund Fr. 3 Mio. finanzieren. Die Stadt habe aber rund Fr. 11 Mio. investiert, so dass ein Fehlbetrag von rund Fr. 8 Mio. übrig bleibe. Das heisse, dass die Investitionen in der Hauptsache von der Substanz oder mit neuen Schulden finanziert werden, was in künftigen Rechnungen anhand höherer Schuldzinsen sicht- und spürbar werde. Der heute bestehende Handlungsspielraum sei einzig und allein dem grossen Eigenkapital zu verdanken.

Ein Abbau des strukturellen Defizits sei für die SVP-Fraktion - zumindest im jetzigen Zeitpunkt - noch nicht in Sicht. Die SVP-Fraktion warte deshalb mit grossem Interesse auf die Ergebnisse des AEA-Projektes. Die SVP-Fraktion erachte den Abbau des strukturellen Defizits als dringlich.

In die vorliegende Rechnung sei auch die Rechnung der Industriellen Betriebe (IBL) integriert. Die SVP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass auch die IBL mit einem ausgewiesenen Gewinn von rund Fr. 3 Mio. ein gutes Jahr hinter sich haben. Im Moment profitiere die Stadt sehr ungenügend vom Gewinn der IBL, obwohl die IBL ein städtisches Unternehmen sei. Das Reglement bzw. die fehlenden rechtlichen Grundlagen zur Abschöpfung von Gewinn seien der Grund dafür, was von der SVP-Fraktion als Missstand erachtet werde. Dem Stadtrat werde sich anlässlich der nächsten Stadtratssitzung im Rahmen der Umwandlungsvorlage die Gelegenheit bieten, diesen Missstand zu korrigieren.

Die SVP-Fraktion genehmige die vorliegende Rechnung einstimmig.

**SP/GL-Fraktion, Samuel Köhli (SP):** Die SP/GL-Fraktion bedanke sich bei der Finanzverwaltung für die Erstellung der vorliegenden Abrechnung. Schönfärberei sei keine betrieben worden und der Finanzkommission seien vom Finanzverwalter Mark Bucher und seinem Team sämtliche Fragen korrekt und kompetent beantwortet worden. Im Bedarfsfall seien alle Belege innert kürzester Frist nachgeliefert worden.

Die Abrechnung 2013 zeige deutlich und schonungslos auf, dass Langenthal an einem strukturellen Defizit leide. Langenthal sei nicht mehr in der Lage, die ordentlichen und laufenden Aufwendungen zu leisten, ohne das Eigenkapital abzubauen. Auch wenn nichts mehr investiert würde, oder wenn keine Sanierungen oder Erneuerungen mehr vorgenommen würden, resultierte - laut der vorliegenden Abrechnung - trotzdem ein Defizit von mehr als Fr. 3 Mio.. In einer Zeit mit besten Konjunkturbedingungen und einer Vollbeschäftigung und noch bevor die eigentlichen Grosseinvestitionen (Sanierung Stadttheater und ESP-Bahnhof) angelaufen seien, fresse das strukturelle Defizit riesige Löcher ins Eigenkapital.

Immer deutlicher zeige sich, dass sich Langenthal die letzten Steuersenkungen eigentlich gar nie hätte leisten können. Seit dem Jahr 2010 werde in Langenthal eine hervorragende Ausgangsposition bezüglich Eigenkapital mit einer völligen Gleichgültigkeit sondergleichen verspielt. Seit dem Jahr 2010 seien bereits mehr als Fr. 25 Mio. des Eigenkapitals versickert, und das bei einer verhältnismässig geringen Investitionstätigkeit, da in Langenthal nur gemacht worden sei, was ohnehin angegangen und gemacht werden musste (Schulhaussanierungen, Wuhrlplatz, Strassen). Diese Tatsache sollte eigentlich auch der bürgerlichen Mehrheit in diesem Saal zu denken geben, insbesondere wenn es um die Festlegung der neuen Steueranlage gehe.

Die SP/GL-Fraktion werde der Gemeinderechnung 2013 trotzdem zustimmen, da die Ausgaben getätigt seien und eine Verschönerungskosmetik nichts bringe. Die SP/GL-Fraktion stimme auch dem Nachtragskredit zu, obschon dieser Punkt, der auch zur Abrechnung gehöre, in der Fraktion nicht diskutiert worden sei.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Lukas Felber (jll):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion nehme gerne Kenntnis davon, dass im Jahr 2013 kein so grosses Defizit resultiert habe, wie es geplant worden sei. Allerdings sei das Resultat aber immer noch defizitär, auch wenn gewisse erfreuliche Trends nicht nur den Ressortvorsteher Finanzen, sondern auch die FDP/jll/BDP-Fraktion erfreuen mögen.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Der Aufwandüberschuss bzw. das Defizit sei gut zur Hälfte durch die übrigen Abschreibungen aufgrund der hohen Investitionen begründet. Anders als Stadtrat Samuel Köhli sei er persönlich der Meinung, dass in Langenthal zur Zeit nicht auf einem geringen Investitionsniveau gefahren werde. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, was sich Langenthal eigentlich leisten könnte. Die FDP/jll/BDP-Fraktion stehe jedoch nach wie vor geschlossen hinter der Strategie, mehr Investitionen und zusätzliche Abschreibungen zu tätigen.

Leider sei das geringe Defizit nicht nur durch die Abschreibungen und schon gar nicht durch Sparsamkeit in der Laufenden Rechnung verursacht worden. Gegenüber dem Voranschlag fallen die Aufwände rund eine halbe Million Franken höher aus. Das Ergebnis sei mittels zusätzlichen Erträgen von Fr. 3.4 Mio. "gerettet" worden. Allerdings sei der Voranschlag natürlich eine Planungsgrundlage und nicht die einzige relevante Vergleichsgrösse. Die Politik sei mindestens so wichtig, wie ein Vergleich der Vorjahresrechnung zeige. Im Vergleich mit der Vorjahresrechnung stelle die FDP/jll/BDP-Fraktion eine Zunahme im Sachaufwand von 1,5% und im Personalaufwand von 2,2% fest, und dies in einem Jahr, mit einer leicht negativen Teuerung von minus 0,2%. Der Eindruck, dass der Geldbeutel Langenthals immer noch lockerer sitze als anderswo, bestätige sich im abgelaufenen Jahr immer mehr. Ein Blick auf die Nachkreditabelle liefere dasselbe Bild: Lediglich 63% der Kredite stellen gebundene Ausgaben dar, was aber nicht erstaune, weil der Stadtrat für diesen Zustand zu einem gewissen Teil schliesslich mitverantwortlich sei.

Die Bilanz bzw. die Bestandesrechnung werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion weiterhin als äusserst solid beurteilt, auch wenn das Eigenkapital - als Konsequenz der eingangs erwähnten Politik - teilweise gewollt dahinschmelze. Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde allerdings in den nächsten Jahren die Entwicklung der Finanzschulden aufmerksam verfolgen, weil diese sich aus Liquiditätsgründen im Jahr 2013 auf Fr. 10 Mio. verdoppelt haben. Je nach gesamtwirtschaftlicher Entwicklung könnte die zwangsläufige Zunahme der Finanzschulden in den nächsten Jahren die momentan verfolgte Investitionspolitik in Frage stellen.

Bei den Gebühren bedürfe es kurzfristiger Massnahmen. Die Bestandesrechnung 2013 zeige eine erneute Zunahme in den Spezialfinanzierungen (Kehricht und Abwasser). Die FDP/jll/BDP-Fraktion begrüsse deshalb die diesbezüglich bereits laufenden Arbeiten des Gemeinderates.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion sehe aufgrund des anhaltenden Kostenwachstums und des nicht beseitigten strukturellen Defizits – trotz erfreulicher Ertragslage - nach wie vor erhöhten Handlungsbedarf. Auch müsse die Zunahme der Fremdverschuldung im Auge behalten werden. Die momentan andauernde finanzpolitische Trägheit gelte es sowohl im Gemeinderat als auch im Stadtrat zu überwinden. Heute werde sich bestimmt wieder manch einer zurücklehnen und vielleicht nicht ganz zu Unrecht auf den Lastenausgleich zeigen und den Spardruck innerlich von sich abweisen. In der FDP/jll/BDP-Fraktion sei dies anders, weil in der Fraktion die klare Meinung herrsche, dass die Gemeinde nicht zwingend einfach immer mehr ausgeben soll. Bereits im letzten Jahr seien von der FDP/jll/BDP-Fraktion in der Budgetdebatte mehrere Kürzungsanträge durchgebracht worden. Auch eine Ausgabenbremse sei von der FDP/jll/BDP-Fraktion vorgeschlagen worden, die dann aber sowohl vom Gemeinderat als auch von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden sei. Seither seien jedoch weder vom Gemeinderat noch von den anderen Fraktionen eigene Vorschläge eingebracht worden, um den Finanzhaushalt zurück zur Nachhaltigkeit zu führen. Der Stadtrat sei es den Einwohnerinnen und Einwohnern, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Langenthals aber schuldig, die Finanzen im Griff zu haben. Die FDP/jll/BDP-Fraktion fordere deshalb heute erneut, dass der Gemeinderat bis zur Budgetdebatte nach den Sommerferien, die Konsequenzen aus dem Projekt AEA ableite und diese vorlege, so dass im Budget 2015 insbesondere kostenseitige Verbesserungen sichtbar seien.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion empfehle die Laufende Rechnung 2013, die Bestandes- und Investitionsrechnung 2013 sowie den Nachkredit einstimmig zur Annahme.

Betreffend die Rechnung der Pensionskasse werde Stadtrat Markus Gfeller namens der FDP/jll/BDP-Fraktion Stellung beziehen.



Im Namen der FDP/jll/BDP-Fraktion danke er dem Finanzamtvorsteher und seinen Mitarbeitern und dem Ressortvorsteher Finanzen für die Erstellung der umfangreichen und aussagekräftigen Unterlagen sowie für deren stets kompetente und serviceorientierte Haltung gegenüber Politikern, die im Laufe des Jahres gezielte Fragen und Anfragen für zusätzliche Unterlagen stellen.

**EVP/glp-Fraktion, Ruth Trachsel (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion danke dem Finanzamt für die exakte Rechnungsführung und die Darlegung der Gemeinderechnungsergebnisse. Die EVP/glp-Fraktion genehmige die Gemeinderechnung 2013 einstimmig.

Die EVP/glp-Fraktion interpretiere das Ergebnis als positiv, da der Aufwandüberschuss einerseits deutlich weniger als budgetiert ausgefallen sei und weil sich andererseits eine gute Entwicklung abzeichne. Die Bekämpfung des strukturellen Defizits soll aber weiterhin ein Ziel bleiben.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Markus Gfeller (FDP):** Vorweg erwidere er auf das Votum des SP/GL-Fraktionsprechers Stadtrat Samuel Köhli, dass es selbstverständlich auch der FDP/jll/BDP-Fraktion nicht entgangen sei, dass ein strukturelles Defizit bestehe. Er verwahre sich zudem gegen die Äusserung, gleichgültig Eigenkapital zu verspielen. Möglicherweise sei es aber tatsächlich so, dass die FDP/jll/BDP-Fraktion in der letzten Legislaturperiode zum einen oder anderen Entscheid – der oder die in Kürze vielleicht schon bald wieder auf die Traktandenliste gesetzt werden könnten – etwas zu früh Ja gesagt habe, womit nicht unbedingt notwendige Kosten auf die Stadt zugekommen seien. Die FDP/jll/BDP-Fraktion werde sich zukünftig wirklich bemühen, zusätzliche und vor allem dauernde zusätzliche Kosten zu vermeiden, die nicht zwingend nötig seien.

Persönlich sei er der Meinung, dass die Korrektur vorwiegend auf der Ausgabenseite und nicht der Einnahmenseite und damit der Steuerseite passieren soll. Diese Meinung werde auch von anderen Mitgliedern der FDP/jll/BDP-Fraktion geteilt.

Anlässlich der Fraktionssitzung am letzten Montag habe er sich dahingehend geäussert, einen Änderungsantrag zum vorliegenden Traktandum stellen zu wollen, der darin bestehe, über die Pensionskassenrechnung 2013 separat abstimmen zu können. Er habe sich diesbezüglich erkundigt und sich belehren lassen, dass eine separate Abstimmung über die Pensionskassenrechnung 2013 gemäss Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) nicht möglich sei, weil die Pensionskasse ja immer noch nicht selbstständig sei - obschon sein diesbezüglich eingereichter Vorstoss mittlerweile schon 7 oder 8 Jahre alt sei - und weil die Pensionskassenrechnung als integrierender Bestandteil der Stadtrechnung 2013 zu führen sei. Da es natürlich keinen Sinn mache einen Beschluss zu fassen, der schlussendlich keine Rechtsgültigkeit erlange, verzichte er auf diese Antragsstellung. Der Verzicht auf die Antragsstellung seinerseits habe allerdings zur Folge, dass das Votum des Fraktionssprechenden der FDP/jll/BDP-Fraktion (Stadtrat Lukas Felber) nicht mehr ganz so korrekt sei, weil zumindest er persönlich sich gegen die Gemeinderechnung 2013 ausspreche – dies allerdings nicht wegen der Gemeinderechnung, sondern wegen der Pensionskassenrechnung und dies mit folgender Begründung:

Im Frühling des letzten Jahres seien die verschiedenen der städtischen Pensionskasse angeschlossenen Arbeitgebenden angeschrieben und informiert worden, dass die Pensionskasse ausgegliedert werden soll. Verschiedene Gründe hätten zu einer Verzögerung geführt, so dass die Ausgliederung nicht bis Ende 2013 habe erfolgen können. Demgegenüber habe aber ein Austritt aus der städtischen Pensionskasse per Ende 2013 stattgefunden. Die Heilpädagogische Tagesschule habe für sich eine andere Lösung suchen müssen, weil der Zustand der städtischen Pensionskasse in ihrem Budget keinen Platz mehr gelassen habe. Ihm persönlich sei bekannt, dass sich auch andere angeschlossene Körperschaften anderweitig umschauen, wenn nicht endlich etwas geschehe. Er rate dringend dazu, endlich vorwärts zu machen und nicht nur die Ausgliederung voranzutreiben, sondern was seiner Meinung nach noch wichtiger sei, die seit langem anstehende Sanierung anzugehen.



Insgesamt könne ein erfreuliches Jahresergebnis zur Kenntnis genommen werden. Die Wertschriftenentwicklung habe nicht nur der städtischen Pensionskasse, sondern auch anderen Pensionskassen geholfen. Diesem Umstand sei es auch zu verdanken, dass der Deckungsgrad 102% betrage und dass eine Wertschwankungsreserve von rund Fr. 400'000.00 habe gebildet werden können. Andererseits müsse aber eben trotzdem eingesehen werden, dass die technische Verzinsung der Alterskapitalien immer noch zum heute schlichtweg nicht mehr akzeptablen Zinssatz von 3,5% erfolge. Die Anwendung dieses Zinssatzes sei zwar nicht verboten, ansonsten die Revisionsstelle wohl eingegriffen hätte. Die Anwendung dieses Zinssatzes sei auch klar dargelegt. Im "Kurzkomentar des Experten" auf Seite 161 der "Jahresrechnung 2013: *"... Allerdings bilanziert die Pensionskasse ihre Vorsorgeverpflichtungen basierend auf dem technischen Zins vom 3.50%."* sei aber ein doch deutlich angebrachter Vorbehalt des Pensionsexperten zum Zinssatz erkennbar. Wenn auf dem von führenden Pensionsexperten empfohlenen Referenzzinssatz von 3% bilanziert würde – im Wissen darum, dass der effektive erreichbare Zinssatz irgendwo zwischen 2,7 und 2,8% liege – dann wäre die Wertschwankungsreserve nirgends mehr vorhanden und zudem würde wohl auch ein Defizit von mindestens Fr. 3 bis Fr. 5 Mio. vorliegen.

Wie sich die Kapitalmärkte entwickeln, sei nicht nur der Pensionskasse Langenthal sondern auch allen anderen Kassen nicht bekannt. Von daher gesehen sei es leider so, nicht wissen zu können, ob der Deckungsgrad selbst beim bestehenden Zinssatz beibehalten werden könne. Seines Erachtens müsste die Rechnung zwingend – rein aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten – mindestens auf einem Zinssatz von 3% errichtet werden, so dass ein tatsächlicheres Bild entstehen würde, das zeige, wie die Pensionskasse heute stehe. Für ihn sei nur schwer nachvollziehbar, wie in der jetzigen Situation ein Stiftungsrat gefunden werden soll, der dann die selbstständige Pensionskasse übernehmen soll. Die erste Aufgabe eines Stiftungsrats werde darin bestehen, die Stiftung zuerst zu sanieren.

Über alle anderen Pensionskassenthemen sei seines Erachtens sauber, transparent und klar nachvollziehbar Rechenschaft abgelegt worden. Betreffend Punkt *"6.1.2 Retrozessionen"* (Seite 164 der *"Rechnung 2013"*) wünsche er allen, die sich um das Thema bemühen, viel Durchhaltewillen und Hartnäckigkeit. Es handle sich dabei um ein leidiges Thema, weil sich die Banken mit Vehemenz dagegen sträuben, die Mittel auszahlten, die sie gemäss Bundesgerichtsentscheid eigentlich zahlen müssten.

Basierend auf dem technischen Zinssatz von 3,5% erachte er die Rechnung als nicht akzeptabel, weswegen die Rechnung 2013 zumindest von ihm abgelehnt werde.

**Beat Sterchi (SVP):** Aufgrund der interessanten Ausführungen von Stadtrat Markus Gfeller möchte er - bevor über das Geschäft abgestimmt werde - dass der Gemeinderat Stellung dazu beziehe, ob die Rechnung 2013 genehmigt werden könne oder nicht, oder ob Mängel vorhanden seien, die einer Genehmigung entgegenstehen? Weiter interessiere ihn auch, wie der Plan zur Ausgliederung der Pensionskasse aussehe und wann mit einer Vorlage zu rechnen sei?

Persönlich gebe er schon heute die Garantie ab, dass es in Langenthal keine Luxusausfinanzierung geben werde, wie sie vom Kanton praktiziert werde. Zudem rate er dazu, es sich "hinter die Ohren zu schreiben", dass der Stimmbürger Langenthals einer solchen Luxuslösung weder zustimmen würde noch zustimmen werde.

**Samuel Köhli (SP):** An der Höhe der Investitionen von Fr. 10 Mio., die von Langenthal mittlerweile jährlich investiert werden müssen, damit ein Vorankommen einigermaßen möglich sei, lasse sich nichts ändern. Bei Betrachtung des Investitionsplans könne festgestellt werden, dass die Investitionen auf mittlere Sicht eher zunehmen als abnehmen werden. Obwohl - wie Stadtrat Lukas Felber erwähnt habe - Langenthal sich dieses Investitionsvolumen nicht leisten könnte, sehe er persönlich in nächster Zukunft keine Änderungsmöglichkeit.



**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** In seiner Eigenschaft als Präsident der Pensionskassenkommission beantwortete er die gestellten Fragen zur Pensionskassenrechnung.

Er erinnere an die vom Gemeinderat definierten Rahmenvorgaben für das Ausgliederungsprojekt der Pensionskasse, welches voranzutreiben sei. Auf den Grund, weshalb das Projekt noch nicht ganz beschlussreif sei, werde er später zurückkommen. Der Gemeinderat habe beschlossen, den definierten Rahmenbedingungen des Ausgliederungsprojekts keine Veränderungen beizugeben, um das Fuder nicht zu überladen.

Stadtrat Markus Gfeller weise er darauf hin, dass auch er sich - wenn er (Thomas Rufener) Präsident einer Pensionskassenkommission wäre, die saniert werde, indem sie sich bei der Bank ein Millionendarlehen hole - ebenso hinstellen und dabei sagen könnte, wie es eigentlich sein sollte. Die Arbeiten an der Pensionskasse seien am Laufen. Zugegebenerweise habe von den Kapitalmärkten profitiert werden können, wie dies alle anderen Kassen auch getan haben.

Mit Bezug auf die Äusserung sowie die Frage zur Genehmigungsfähigkeit der Rechnung 2013 der Stadträte Markus Gfeller und Beat Sterchi, die im Übrigen beruflich selber im Revisionsgeschäft tätig seien, verweise er auf die Revisionsunterlagen. Er sowie der Gemeinderat seien bis anhin immer davon ausgegangen, dass über eine von der Revisionsgesellschaft ohne Vorbehalte zur Annahme empfohlene Rechnung auch ohne Vorbehalte beschlossen werden könne.

Was den technischen Zinssatz von 3,5% betreffe, so habe er bereits eingangs erwähnt, dass der Gemeinderat den definierten Rahmenbedingungen des Ausgliederungsprojektes keine Veränderungen beigegeben habe. Die Kommission habe im September 2013 die Empfehlung des Pensionskassenexperten erhalten, die entsprechenden Anpassungen betreffend den technischen Zinssatz in den nächsten 7 Jahren zu überprüfen. Es gebe keine gesetzliche Bestimmung dazu; es handle sich um eine Fachempfehlung.

Er rate davon ab, Äpfel mit Birnen zu vermischen, ansonsten plötzlich die Idee entstehen könnte - wie dies im Kanton Bern der Fall sei - eine teurere Variante zu fahren, woraus eine hohe Schuldanererkennung für Langenthal resultieren würde, die wiederum durch die Steuerzahlenden auszugleichen wäre. Die Pensionskasse sei in einem guten Zustand. Sie habe entsprechende Rahmenvorgaben per Reglement bereits eingeführt (zu finanzierende Nachzahlungen), was dazu geführt habe, dass die Heilpädagogische Tageschule die Nachzahlungen über ihre Budgets aber eben nicht mehr zu finanzieren vermochte.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 1 Stimme Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. Die Gemeinderechnung für das Jahr 2013, umfassend
  - die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal
  - die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal wird genehmigt.
2. Der erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 300'000.00, Konto 250.332.00 ("Übrige Abschreibungen"), wird bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 2. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2013; Genehmigung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Auch der Jahresbericht 2013 stelle ein stattliches Buch dar, worin die Tätigkeiten der Politik und der Verwaltung der Stadt Langenthal dargestellt seien. Das Werk liege allen vor, weshalb er auf die Rekapitulation des Inhalts verzichte. Der Jahresbericht 2013 sei der zweite Bericht, der in der neuen Form erstellt worden sei. Mit dieser Berichtsform werde auch über die politische Tätigkeit und den Stand gewisser Projekte informiert, was in der vorherigen Berichtsform nicht der Fall gewesen und deshalb mit Recht bemängelt worden sei.

Im Moment seien viele Themen am Laufen. Mit dem Agglomerationsprogramm/ESP-Bahnhof stehe eines der grossen Themen als Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung zur Debatte. Im Projekt ESP-Bahnhof, welches die Stadt Langenthal in den letzten Jahren bereits sehr beschäftigt habe und welches viele Ressourcen gebunden habe, gelte es heute einen entscheidenden Schritt zu tun.

Im Zusammenhang mit der Anpassung der Stadtverfassung seien ebenso Aktionen im Gange. Nachdem im Jahre 2013 das Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden sei, befinde sich das Dokument nun in der Finalisierungsphase, worin es um die Klärung von Grundsatzfragen zur Führung und zur Zusammenarbeit in der Stadtverwaltung gehe. Am heutigen Tag habe ein Workshop dazu stattgefunden, an dem ein grosser Teil der Führungsebene der Stadtverwaltung inklusive der Fachbereichsleitungen teilgenommen habe. Nebst dem Primat der Politik gehe es auch um Teamentwicklungsprozesse auf Stufe der Amtsvorstehenden, wo entsprechende organisatorische Massnahmen bereits umgesetzt worden seien.

Das Jahr 2013 sei auch das Basisjahr zur Überarbeitung der Regierungsrichtlinien des Gemeinderates 2013 – 2016.

Wenn die zahlreichen Projekte laufen wie geplant, dann werde diesen Herbst eine Volksabstimmung über das Agglomerationsprogramm/ESP Bahnhof durchgeführt. Auch das Projekt zur Renovation des Stadttheaters befinde sich auf der Zielgeraden in Richtung einer Volksabstimmung im nächsten Frühling. Am Abschluss der oberen Marktgasse werde momentan gearbeitet, womit ein grosses Projekt, das lange auf der Warteliste gestanden habe, zu Ende gehe. Auch die Sanierung des zweiten Schulgebäudes in der Elzmatte stehe vor dem Abschluss. Mit ict4kids laufe ein weiteres grosses Projekt. Ausserdem werde an Vorbereitungsmassnahmen zur Ausgliederung des Alterszentrums Haslibrunnen gearbeitet, worüber später auch eine Volksabstimmung stattfinden werde. Im Weiteren werde an der Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Industrielle Betriebe Langenthal in eine Aktiengesellschaft gearbeitet, worüber ebenfalls eine Volksabstimmung stattfinden werde. Auch das Projekt zur rechtlichen Verselbstständigung der städtischen Pensionskasse sei im Gange und laufe in Richtung einer Volksabstimmung. Im Übrigen stehe im Jahr 2016 die Umwandlung des Rechnungsmodells von HRM1 auf HRM2 bevor. Die Ablösung erfolge durch Anpassungen im Abschreibungsverfahren, in der Anlagebuchhaltung etc. Im Jahr 2013 aufgegleist und bereits in der Umsetzungsphase befinde sich der kommunale Siedlungsrichtplan. Der Energierichtplan sei noch nicht aufgegleist, aber bereits thematisiert. Im Jahre 2013 sei auch die Schoio-Familienhilfe (Folgeorganisation des Kinderheims Schoren) gegründet worden. Nachdem die private Lösung für die Tagesschule nicht funktioniert habe, seien Vorbereitungen getroffen worden, um diese ab Sommer 2014 wieder selber zu übernehmen. Die Umsetzung des kantonalen Kulturförderungsgesetzes stehe am heutigen Abend als Traktandum Nr. 4 zur Debatte.

Nebst diesen zahlreichen Projekten gebe es auch Themen zu erwähnen, die zwar ausserhalb der Politik und der Verwaltungstätigkeit liegen. Daran, dass der Film *"dr Goali bin ig"*, unter der Mitwirkung von Pedro Lenz in Langenthal gedreht worden sei, sei die Politik Langenthals nicht ganz unbeteiligt.



Im vorliegenden Beschlussesentwurf werde ausser der Genehmigung des Jahresberichts 2013 auch die Abschreibung der am 29. November 2010 erheblich erklärten "*Motion Lanz Rudolf und Mitunterzeichnende vom 25. Oktober 2010: Alterszentrum Haslibrunnen*" beantragt. Die zur Bearbeitung des Themas eingesetzte Begleitgruppe habe einen Abschlussbericht erstellt, der dem Stadtrat am 6. Mai 2013 vorgelegt worden sei. Gestützt darauf sei im September 2013 die Projektorganisation zur Umsetzung des Projekts Alterszentrum Haslibrunnen AG beschlossen worden, womit die Motion erfüllt worden sei.

**GPK-Mitglied Pascal Dietrich (jll):** Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit dem stattlichen Buch beschäftigt. Nur eine Stelle darin habe für etwas Schrecken gesorgt, da unter dem Titel "*4.3.6 Pensionskasse der Stadt Langenthal*" aufgeführt sei, dass die Pensionskasse der Stadt Langenthal per 31. Dezember 2013 eine Unterdeckung von Fr. 406'985.29 ausweise, wogegen in der Rechnung 2013 ein Deckungsgrad von über 100% (102%) ausgewiesen werde. Dass es sich dabei um einen ganz einfachen, trivialen Schreibfehler handle, habe rasch geklärt werden können.

Die Geschäftsprüfungskommission habe den Eindruck, dass der Jahresbericht 2013 sehr informativ sei und sehr ansprechend daherkomme. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission empfehle er dem Stadtrat, den Jahresbericht 2013 zu genehmigen und danke allen, die an der Erstellung des Berichts beteiligt gewesen seien.

**SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP):** Die SP/GL-Fraktion habe den Jahresbericht 2013 mit aufmerksamem Interesse gelesen und erachte diesen als sehr gelungen. Die Einleitungen der Amtsvorsteher seien sehr informativ und würden einen guten Eindruck darüber vermitteln, was die Ämter motiviere und bewege und was von den Ämtern bewegt werde. Der Jahresbericht biete auch eine gute Gelegenheit, auf wichtige und manchmal weniger wichtige Sachen zurückzublicken:

- Die Badi habe am 18. Juni – an einem "hundskommunen" Dienstag – mit 3'262 Personen einen Besucherrekord verzeichnet. In der Annahme, dass es sich dabei um einen Fehler handeln könnte, habe er eigene Recherchen angestellt und von Meteo Schweiz erfahren, dass der 18. Juni 2013 ein Jahrhundert-Juni-Hitze-Sommertag gewesen sei, so dass davon ausgegangen werden könne, dass an diesem Tag ab 14.00 Uhr alle Leute in der Badi gewesen seien.
- Im Bericht stehe unter vielem Anderem auch, dass die Mitarbeitenden des Sozialamtes eine Weiterbildung zum Thema "Humor- und Feedback-Kultur" absolviert haben. Wer die Einleitung des Sozialamtsvorstehers Adrian Vonnrüti lese, könne sich gut vorstellen, dass es für Sozialarbeitende, die sich mit wichtigen und oft tragischen Fällen beschäftigen, wichtig sei, gewisse Sachen auch mit Humor anzugehen.
- Im Bericht festgehalten sei auch, dass das Finanzamt seit dem Jahr 2013 für vier Gemeinden (Huttwil, Eriswil, Wyssachen und Walterswil) Steuererklärungen erfasse, womit die Erfassung von Steuererklärungen um 15% zugenommen habe. Etwas bedauerlich sei, dass sich diese Zunahme nicht auf die Steuereinnahmen der Stadt auswirke.
- Gelesen werden könne auch, dass die Mitarbeitenden des Amtes für öffentliche Sicherheit interessante Erfahrungen bei der Mitwirkung im Film "*dr Goali bin ig*" gemacht haben.

Auch die Jahresberichte des Stadttheaters, der Bibliothek und des Alterszentrums Haslibrunnen würden weitere spannende Einzelheiten zu Tage fördern:

- Mit Befriedigung werde festgestellt, dass die Zuschauerzahlen der Filmmacht im Stadttheater im Jahre 2013 sehr präzise erfasst worden seien. Dieser Punkt sei im letzten Jahr noch kritisiert worden.
- Mit dem Jahresbericht 2013 des Alterszentrums Haslibrunnen werde auch in Erinnerung gerufen, dass Marcel Lanz seine 27-jährige Tätigkeit als Leiter des Alterszentrums Haslibrunnen beendet habe.
- Die SP/GL-Fraktion stelle fest, dass in der Stadtbibliothek Langenthal die sogenannte Onleihe möglich sei, womit E-Books ausgeliehen werden können.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Die SP/GL-Fraktion danke dem Gemeinderat für seine geleistete Arbeit. Danke gebühre auch der Verwaltung und vor allem den im Saal anwesenden Verwaltungsvertretern. Die im Bericht erwähnten, schon anstehenden Geschäfte und Projekte würden zeigen, dass viel und gut gearbeitet werde. Weil die Arbeit der Verwaltung mit einem politischen Gremium wie dem Stadtrat manchmal nicht so einfach sei, könne der Dank nicht gross genug sein. Die SP/GL-Fraktion werde den Jahresbericht 2013 genehmigen und unterstütze die Abschreibung des Vorstosses.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP):** Falls am heutigen Abend das doppelte Sitzungsgeld ausbezahlt werden müsse, dann werde es nicht an der Länge der Voten der FDP/jll/BDP-Fraktionsmitglieder liegen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle damit weder zum Ausdruck bringen, dass der vorliegende Bericht langweilig sei, noch den Eindruck erwecken, dass sich die städtischen Mitarbeitenden vom 1. Januar bis 31. Dezember im Beamtenmodus durchschleppen. Aus dem Bericht gehe klar heraus, dass die "Post abgehe!" und, dass enorm viel "los" sei, was zum Teil auch auf die Aktivität des Stadtrats zurückzuführen sei.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion erachte den Bericht als transparent, informativ und letztlich als unbestritten. Im Namen der FDP/jll/BDP-Fraktion schliesse sie sich dem Dank der Amtsvorsteher - wobei unter Amtsvorstehern nicht nur das im Rat öfters verallgemeinernd verwendete Maskulinum verstanden werden soll - an, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Tätigkeit danken, die sie eben nicht im Beamtenmodus leisten.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze den vorliegenden Antrag des Gemeinderates.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Auch dieses Jahr liege wieder ein umfangreicher, transparenter und interessanter Jahresbericht vor. Das Buch sei mit seinem übersichtlich gegliederten Inhalt sehr ansprechend gestaltet worden. Die EVP/glp-Fraktion schätze auch die einleitenden Berichte der Amtsvorsteher, mit denen ein vertiefter und übersichtlicher Einblick in die Arbeit der Ämter möglich sei.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie allen beteiligten Personen (Amtsvorsteher, Verwaltung) für die ansprechende Realisierung des Jahresberichts 2013. Die EVP/glp-Fraktion schätze den Jahresbericht in seiner neuen Form sehr.

**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Da bereits alles Notwendige zum Jahresbericht 2013 gesagt worden sei, schliesse er sich namens der SVP-Fraktion den gehörten Voten an. Auch die SVP-Fraktion habe den informativen und für die politische Arbeit wertvollen Jahresbericht 2013 mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion stimme auch der beantragten Abschreibung der Motion zu.

**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Der Jahresbericht des Alterszentrums Haslibrunnen liefere Informationen über die Lehrlingsausbildung, gesundes Kochen, Pflege etc. Mit Befremden habe sie festgestellt, dass mit keinem einzigen Wort darin erwähnt werde, dass im Alterszentrum Haslibrunnen auch gestorben werde. Sie finde es schade, dass dieses Thema in der heutigen Gesellschaft nicht einmal in einem Jahresbericht zur Sprache komme. Die 16 Todesfälle im ansonsten wunderbar gestalteten Jahresbericht als Austritte zu verzeichnen, sei ihrer Ansicht etwas makaber und trocken. Sie wünsche sich sehr, dass sich im Jahresbericht 2014 eine schöne Ecke finden lasse, um die Verstorbenen entsprechend zu erwähnen. Auf der Homepage des Alterszentrums Haslibrunnen stehe der Satz: *"Die Menschen, die wir betreuen, haben uns den Weg geebnet, auf dem wir heute gehen ..."*. Diesem Grundsatz entsprechend, sollten die Verstorbenen ab dem Jahresbericht 2014 respektvoll erwähnt werden.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

**1. Der Jahresbericht für das Jahr 2013 wird genehmigt.**

**2. Der Stadtrat beschliesst die Abschreibung des Vorstosses:**

- **Motion Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25.Oktober 2010: Alterszentrum Hasli-brunnen**

*Eingereicht und begründet am 25. Oktober 2010; als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 29. November 2010*

**3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. **ESP Bahnhof Langenthal: Erarbeitung der Projektierungen der Bahnhofplätze Nord und Süd und der Bahnhofspassage etc., Zustimmung; Rahmenkredit, Bewilligung; Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. September 2014**

#### I **Eintretensfrage:**

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Der am 16. Juni 2014 vom Gemeinderat organisierte Informationsanlass für die Fraktionen im Stadttheater sei gut besucht und geschätzt worden. Er hoffe, dass die aufschlussreichen Informationen helfen, um am heutigen Abend sowie auch in Zukunft, Entscheidungen zu diesem für Langenthal wichtigen Projekt treffen zu können.

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II **Detailberatung:**

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** legt den Ablauf der Beratung fest:

- Detailberatung:   A Berichterstattung von Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
- B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
- Abstimmungen:   C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I)
- D Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

#### **A Berichterstattung von Stadtpräsident Thomas Rufener, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission**

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Beim vorliegenden Geschäft gehe es – wie der Journalist Robert Grogg in der BZ am 13. Juni 2014 geschrieben habe – um ein Jahrhundertprojekt. Um die Beurteilung des Gemeinderats zur Situation darzulegen, bedürfe es eines kleinen Exkurses in die Vergangenheit: Am Ende der 80er-Jahre habe Langenthal eine Fülle an Investitionsprojekten aufgegleist, die zusammengezählt ein Investitionsvolumen von rund Fr. 100 Mio. ergeben haben. Der Hauptbrocken habe aus dem Hochwasserschutz, dem neuen Verwaltungszentrum, der Sanierung der Badi, der Sanierung der Alten Mühle sowie dem Bau der 3-fach-Turnhalle Kreuzfeld bestanden, an welcher sich die Stadt am Schluss in Bezug auf die Tragbarkeit etwas die Zähne ausgebissen habe. Letztendlich sei die Tragbarkeit aus Sicht der Politik gewährleistet gewesen. Jahr 1989 habe das Eigenkapital der Stadt Fr. 6,8 Mio. und die mittel- bis langfristigen Schulden Fr. 31,0 Mio. betragen. Die Investitionen seien bekannterweise und nota bene mit einem guten Gegenwert getätigt worden, was aber bittere finanzielle Folgen gehabt habe. Bereits im Jahre 1993 seien die Schulden auf Fr. 80,0 Mio. angewachsen und das Eigenkapital auf Fr. 0 geschmolzen. Eine seiner ersten politischen Erfahrungen als Mitglied des Grossen Gemeinderates habe damals darin bestanden, drei Anläufe zu brauchen, um ein Budget auf die Beine stellen zu können. 1996 habe er damals als Mitglied des Gemeinderates das Finanzressort übernehmen dürfen. Langenthal sei damals mit Fr. 120,0 Mio. verschuldet gewesen, habe über kein Eigenkapital verfügt und sei dadurch mit dem Rücken zur Wand gestanden. Für jeden Abschluss unter NULL habe gemäss den Vorschriften des Gemeindegesetzes ein Sanierungsplan zu Händen des Kantons erstellt werden müssen. Mit dem Schnüren verschiedener Sparpakete und der Tötung von Desinvestitionen, habe die Verschuldung reduziert werden können. Langenthal wäre aber noch heute daran, die Schulden zu tilgen ohne die Möglichkeit zu haben, Projekte umzusetzen, wenn sie dies aus eigener Kraft hätte tun müssen. Die Aufnahme der Idee, über die Position der onyx-Aktien nachzudenken, welche damals noch im Verwaltungsvermögen bilanziert gewesen seien, habe Früchte getragen.



An einer wegweisenden aber unspektakulären Parlamentssitzung sowie der darauffolgenden Volksabstimmung sei die Genehmigung zur Umbuchung der onyx-Aktien ins Finanzvermögen genehmigt worden, wodurch der Gemeinderat Verkaufsverhandlungen in eigener Regie aufnehmen können. Im Jahr 2006 seien die onyx-Aktien an die BKW verkauft worden, wodurch die Stadt Langenthal auf einen Schlag Fr. 102,0 Mio. auf der Ertragsseite habe verbuchen können.

Der Gemeinderat habe sich in Bezug auf die Verwendung des Geldes ein klares Ziel gesteckt und entschieden, das Geld in werterhaltende Projekte und nicht in Seifenblasen zu investieren. Bis anhin sei dieser Entscheid auch umgesetzt worden. Gleichzeitig sei damals auch entschieden worden, die Steueranlage im Rahmen der sukzessiv umgesetzten Schuldenentlastung zu reduzieren. Verschiedene und lange Zeit auf Eis gelegte Vorhaben seien vorangetrieben worden. Ein neuer Wuhrplatz sei entstanden. Die Bereinigung von Altlasten (Sanierung KEB) sei möglich geworden. Die längst fälligen Schulhausanierungen seien ausgelöst worden. Die obere Marktgasse, über die Jahrzehnte philosophiert worden sei, werde in Kürze fertiggestellt werden können. Auch die Sanierung des Stadttheaters sei aufgegleist und befinde sich eigentlich auf der Zielgeraden.

Ein Blick auf die Bestandessseite der Stadtrechnung 2013 zeige ein Eigenkapital von Fr. 96,4 Mio., was Fr. 6,0 Mio. weniger seien, als beim onyx-Aktienverkauf eingenommen worden sei. Demgemäss könne wohl niemand sagen, dass man das Geld einfach in Projekten versickern lasse, wie Stadtrat Samuel Köhli etwas despektierlich angemerkt habe. Mit der Sanierung der Schulhäuser, der Gestaltung des Wuhrplatzes, der Sanierung der oberen Maritgasse und der Sanierung der KEB sei viel geschehen. Das mittel- und langfristige Fremdkapital per Ende 2013 sei mit Fr. 10,0 Mio. bilanziert. Die Ausgangslage sei diametral anders als Ende der 80er-Jahre. Damals habe es Mut erfordert, sowie es auch Mut erfordert habe, während des 1. Weltkriegs ein Stadttheater zu bauen.

ESP-Bahnhof: Beim ESP Bahnhof handle es sich nicht um eine Eintagsfliege, sondern um ein Grossprojekt. Bereits in seinem ersten Jahr als Stadtpräsident und als Ressortvorsteher Bau- und Planungswezens sei ein Workshop-Verfahren "Bahnhof" eingeleitet und durchgeführt worden. Darin seien sämtliche betroffenen Grundeigentümer sowie die Betreiberin der Bahn an einem Tisch zusammengekommen, um in einem sogenannten partizipativen Prozess zu klären, was am Bahnhof geschehen könnte. In einer generellen Auslegeordnung sei man zur ersten wichtigen Schlussfolgerung gelangt, dem Kanton zu beantragen, den Bahnhof als Entwicklungsschwerpunkt (ESP) zu bezeichnen. Der Kanton habe diese Idee als gut befunden.

Gleichzeit habe die Stadt aber auch einen Dämpfer dadurch erlitten, als sich abzeichnete, dass die erste Generation des Agglomerationsprogramms scheitern werde. Damals seien im Parlament empörte Worte gefallen und kritisiert worden, dass dem Agglomerationsprogramm zuwenig Beachtung geschenkt worden sei. Der damalige Mangel sei mittlerweile überarbeitet und behoben worden.

In Anlehnung an den ESP Bahnhof habe die Stadt Langenthal - im Zuge der Bearbeitung des Agglomerationsprogramms der zweiten Generation - die Drehscheibe Bahnhof zum Kernstück gemacht. Mit dem ESP Bahnhof habe im Übrigen auch der Motion Steiner Reto (EVP) und Mitunterzeichnende vom 27. März 2006 betreffend zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals begegnet werden können.

Basierend auf den methodisch erzielten Resultaten des bereits erwähnten Workshop-Verfahrens, habe der Gemeinderat sich zu einem zweistufigen Prozess entschieden: Erarbeitung eines Richtplankonzepts und danach die Umsetzung des eigentlichen Richtplans ESP Bahnhof. Die Federführung des Projektes sei dem Planungsbüro yellow<sup>2</sup> übertragen worden.

Die Erarbeitung des Agglomerationsprogramms der zweiten Generation sei in Eigenregie der Stadt erfolgt, ohne auf das durch die Region erstellte Agglomerationsprogramm der ersten Generation abzustellen.



Eine Herausforderung habe darin bestanden, das Agglomerationsprogramm als ein Element in das sogenannte regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungsrichtplanprojekt-Konzept (RGSK) des Kantons einzubetten, was nicht ganz so einfach gewesen sei, weil die beiden Programme terminlich nicht gleich gelaufen seien und unterschiedliche Zielvorgaben enthalten haben.

Der Grund, dass Langenthal das Agglomerationsprogramm selber erarbeitet habe, sei der, dass Langenthal eine von drei sogenannten "isolierten Städten" im gesamtschweizerischen Agglomerationspool sei (Davos, Martigny, Langenthal). Dass das Agglomerationsprogramm im zweiten Anlauf so gut angekommen sei, habe zur Kenntnis genommen werden können. Beim Bund seien insgesamt 41 Programme der zweiten Generation aus der ganzen Schweiz via die Kantone eingereicht worden. 5 der eingereichten Programme seien vom Bund nicht akzeptiert worden, wozu leider auch das Programm aus Interlaken gehöre. Langenthal sei im vorderen Drittel positioniert und könne damit mit einem Bundesbeitrag von 35% rechnen. Das Projekt beinhalte grosse Investitionsbrocken (geplante Passage, Erweiterung und Zusammenbindung von Langenthal Nord und Süd) und führe dazu, dass der Beitragsatz pro Einwohner gerechnet (rund 15'000 Einwohnende) relativ viel ausmache. Langenthal befinde sich in der Gesamtrangliste etwa auf Rang 5. Wenn das Unterfangen gelinge, werde über dieses Projekt viel Geld in die Region und in die Stadt fliessen.

Im Jahr 2011 habe das Langenthaler Parlament einen Kredit von Fr. 680'000.00 für die Erstellung eines Passagen-Vorprojektes und für die Durchführung eines Studienauftragsverfahrens für die Bahnhofplätze Nord und Süd einstimmig bewilligt. Mit der Beteiligung der Geiser agro, die sich als Grundeigentümerin gemeldet habe, sei das Studienauftragsverfahren durch den Gemeinderat erweitert worden. Damit sei die Idee ausgelöst worden, nicht nur den öffentlichen Bereich angehen zu wollen, sondern auch Impulse für die angrenzenden Gebiete setzen zu können.

Die Passage ermögliche eine bessere Verbindung der Stadtteile Nord und Süd. Die Bahnhofplätze bilden attraktive Ankunftsorte für Bahnreisende. Mit der Erweiterung der Abstellplätze für Velos und Autos soll der kombinierte Verkehr gefördert werden. Auch eine optimale Verbindung zwischen Bahn und Bus werde angestrebt, was sich aber nicht so einfach gestalten werde, weil der Langenthaler Knoten von der Bedienung her mit rund 12 Minuten Unterschied von der Ankunft von Zügen aus Bern und Olten die Koordination von Bus und Bahn zur grossen Herausforderung mache. Parallel dazu werden die ohnehin schon in der Ausführung befindlichen Perronerhöhungen durch die SBB in gewissen Bereichen bereits umgesetzt. Mit der Erhöhung der Perrons in anderen Bereichen müsse abgewartet werden bis genau bekannt sei, wo die bauliche Höhe der Passage zu liegen komme, um die Anschlusspunkte (Rampen) wieder passend zu gestalten.

Die Drehscheibe Bahnhof werde sowohl funktional als auch architektonisch aufgewertet und für die Zukunft gerüstet. Auch die angrenzenden Bahnhofnahgebiete sollen von diesen Aufwertungen sowohl als Arbeitsorte wie auch als Wohnorte profitieren können. Mit der Ansiedlung der Firma 3M sei ein erstes Projekt bereits im Anflug. In der ersten Juli-Woche werde mit dem Abriss des Obstkühlhauses begonnen. Später werde eine Baugrubenabtiefung vorgenommen, so dass im August mit der Foundation gestartet werden könne. Es gehe dabei um eine Investition von privater Hand in der Grössenordnung von Fr. 30,0 Mio. sowie um die Ansiedlung von rund 200 Arbeitsplätzen. Mobimo sei die Bauherrin.

Das letzte Wort zum vorliegenden Rahmenkreditantrag von Fr. 6,45 Mio. werde der Souverän haben. Wenn der Stadtrat der Vorlage heute zustimme, werde sie dem Volk an der Septemberabstimmung zur Entscheidung vorgelegt. Beim Rahmenkredit von Fr. 6,45 Mio. handle es sich um einen reinen Projektierungskredit, was in Bezug auf die Höhe wohl einmalig sei (Jahrhundertprojekt). Der Rahmenkredit soll die Bedürfnisse der Projektierungen der Jahre 2014 bis 2017 abdecken. Zirka für die Hälfte seien Bundes- und Kantonsbeiträge zu erwarten. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung werde der Gemeinderat mit dem Rahmenkredit in seiner Kompetenz einzelne Objektkredite auslösen können, womit dem ganzen Projekt eine Planungssicherheit gewährt werde und was einen Überblick über die ganze Planungsphase zulasse.



Wenn das Projekt wie geplant zur Umsetzung komme, werde die Stadt Langenthal erhebliche Mittel von Bund und Kanton auslösen können. Wenn sich beispielsweise mit dem Einsatz von Fr. 1,0 Mio. eigenen Mitteln, Investitionskosten von Fr. 1,0 oder 2,0 Mio. auslösen lassen, die von anderen bezahlt werden, dann sollte diese Riesenchance genutzt werden. An der Fraktionsorientierung am 16. Juni 2014 und im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 29. April 2014 seien die Verhältnisse im Detail kommuniziert worden bzw. dargestellt.

Beim ESP Bahnhof werde mit einem Investitionsvolumen von Fr. 50,0 Mio. gerechnet. Davon müsse die Stadt Fr. 19,0 Mio. zahlen und die Zahlung des Rests von rund Fr. 30,0 Mio. dürfe vom Bund und Kanton erwartet werden.

Wenn alle im Agglomerationsprogramm abgedeckten Massnahmen in die Berechnung einbezogen werden, sei von rund Fr. 80,0 Mio. die Rede. Davon müsste Langenthal gegen Fr. 30,0 Mio. aufbringen. Die restlichen Fr. 50,0 Mio. müssten durch den Bund und den Kanton beigebracht werden. Aus der Sicht des Gemeinderates sei diese Riesenchance zu ergreifen, zumal ein Projekt umgesetzt werden könne, indem mit einem Einsatz von onyx-Geld die investierten Mittel in beträchtlichen Umfang ergänzt und erweitert werden können.

Vor 25 Jahren sei die Situation diametral anders gewesen als heute. Damals sei die Stadt Langenthal schon aus einer Nettoverschuldung heraus in Projekte gestartet. Anders als damals seien heute wesentliche Mittel bereitgestellt, die für Projekte eingesetzt werden sollen.

Dem Gemeinderat sei es wichtig eine Projektorganisation vorzuschlagen, die der Dimension des Projektes angepasst sei. Weil sich eine Projektorganisation in dieser ungewohnten Grössenordnung aber nicht einfach aus dem Hut zaubern lasse, habe sich der Gemeinderat mit dem Beizug von erfahrenen externen Fachleuten verstärkt. Die Fachleute bringen einerseits Erfahrungen mit Agglomerationsprogrammen des Kantons Bern als auch Erfahrungen mit ESP mit. Insbesondere diene der Beizug dieser Experten auch dazu, auf Augenhöhe mit den Vertretern der SBB die Interessen der Stadt Langenthal vertreten zu können. Jedermann wisse zwar wer die SBB sei, wer aber einmal versucht habe mit zuständigen Person der SBB zu sprechen, werde feststellen, dass diese nicht so einfach zu finden seien und dass die eigene Interessenvertretung auf Augenhöhe und mit der gleichen Kraft einiges an Erfahrung bedürfe. Mit dem Bund werde alles in Leistungsvereinbarungen festzuschreiben sein.

An der Fraktionsveranstaltung sei die Frage gestellt worden, was bei einer allfälligen Kreditüberschreitung passieren würde? Diese Frage lasse sich aus heutiger Sicht nicht in aller Präzision und im Detail beantworten. Sicher könne jedoch die Aussage gemacht werden, dass bis anhin nach dem Vorsichtsprinzip gewaltet worden sei. Für die Passage bestehe bereits ein Vorprojekt, womit schon eine gewisse Planungsgenauigkeit vorliege. Bei Kostenschätzungen werde mit plus/minus 25% gerechnet. Auf die beim Bund gemachten Eingaben seien 25% zugeschlagen worden, so dass darin eine Reserveposition enthalten sei. Auch auf den Projektteilen seien Reservepositionen eingerechnet worden. Schlussendlich werde es davon abhängen, wer Bauherrin sei. Bei der Passage sei er sich persönlich sicher, dass nicht die Stadt sondern die SBB Bauherrin sein werde, da sich der Bau auf Bahnareal befinde. Dementsprechend verhalte es sich auch mit der Verantwortlichkeit bei Kostenüberschreitungen. Die Stadt habe ein Mitspracherecht. Wenn Anzeichen vorliegen, dass irgendwelche finanziellen Überschreitungen in Sicht sein könnten, wäre diesen zu begegnen. Im Übrigen liege die Passage im Vorprojekt in drei Varianten vor. Die teuerste Variante bilde die Grundlage der Eingabe. Bereits im Vorfeld sei versucht worden, den Rahmen - unter Würdigung einer Risikobeurteilung - mit einem hohen Sicherheitsfaktor abzusichern. Trotz allem und auch nach Rückfragen bei anderen Agglomerationen sowie bei begleitenden Büros könne aber heute keine Garantie abgegeben oder diesbezüglich explizite Fallbeispiele genannt werden. Lediglich eine Brücke in Fribourg sei erwähnt worden. Dieses ganz spezielle Projekt mit speziellen Aufwendungen sei über eine lange Zeit geplant worden. Mehr Informationen würden dazu aber nicht vorliegen. Dass unter Zeitdruck ein Schnellschuss ausgelöst werde, werde durch die seriöse Unterstützung der guten Fachleute sicher nicht der Fall sein.



Am heutigen Abend gelte es über eine entscheidende Weichenstellung zu befinden. Der Bahnhof sei die Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs. Wenn es gelinge, diese Drehscheibe funktional und gestalterisch in eine bis anhin unerreichte Dimension überführen zu können, dann werde das Wirkungspotential für Langenthal enorm gross sein, da damit eine Aufwertung und bessere Nutzung ganzer Stadtteile möglich werde, was im Übrigen auch dem neuen Raumplanungsgesetz entspreche (innere Verdichtung, bessere Ausnützung vorhandener Räume).

Mit den Finanzierungsquellen ESP und Agglomerationsprogramm werde es möglich, gute Projekte zu realisieren. Der Agglomerationsfonds sei bereits geäufnet, wogegen der Kanton schon etwas mehr Schwierigkeiten habe, die zugesicherten Mittel zu finanzieren. Die Karten für das gute Projekt, mit welchem Langenthal unterwegs sei, seien trotzdem gut, obwohl noch viel Arbeit geleistet werden müsse, um getreu dem Sprichwort: *"Wer nicht wagt, der nicht gewinnt!"* zum Ziel zu kommen. Der Gemeinderat sei davon überzeugt, ein kalkuliertes Wagnis mit guten Gewinnchancen einzugehen und kein Spekulationsprojekt zu fahren. Zudem seien derartige Opportunitäten nicht jeden Tag zu erwarten. Mit der Position Langenthals im ESP und im Agglomerationsprogramm bestehe eine einzigartige Opportunität. In diesem Zusammenhang müsse die Chance mit der Zustimmung zum Rahmenkredit von Fr. 6,45 Mio. jetzt gepackt werden, um dem Jahrhundertprojekt Bahnhof einen entscheidenden Schritt näher zu kommen.

**GPK-Mitglied Ruth Trachsel (EVP):** Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage. In der internen Diskussion sei festgestellt worden, dass eine externe Projektbegleitung vorgesehen sei, die sehr viel Geld koste, auch wenn diese für das vorliegende Projekt notwendig sei.

## **B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)**

**EVP/glp-Fraktion, Daniel Steiner-Brütsch (EVP):** Die Dimension des Geschäfts lasse es zu, sich dazu zu äussern. Es handle sich um ein Jahrhundertprojekt von lokaler und regionaler Bedeutung und um ein Projekt, mit dem ein Herzstück der Stadt Langenthal verändert werden soll, was wiederum Impulse für die gesamte Region Oberaargau liefern könnte.

Die EVP/glp-Fraktion habe sich lange mit der Vorlage auseinandergesetzt und auch die Höhe des Rahmenkredits diskutiert. Es gehe um viel Geld, das nota bene eingesetzt werden soll, ohne eine 100%-Garantie zu haben, dass die Vor- und Bauprojekte überhaupt ausgeführt werden. Die EVP/glp-Fraktion sei aber schlussendlich einstimmig zur Ansicht gekommen, dass die Stadt Langenthal das Risiko im Sinne von *"no risk, no return"* eingehen sollte.

Die EVP/glp-Fraktion sei aus folgenden Gründen zu einem klaren Ja bewogen worden:

- Der Bahnhof sei im Moment kein Ausbund an Schönheit oder Attraktivität und somit das Gegenteil einer Visitenkarte. Aus diesem Grund habe die EVP bereits im Jahre 2006 in einer Motion eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung des Bahnhofareals - mit einem speziell auf die Bahnhofsunterführung und den nördlichen Teil des Bahnhofs gelegten Fokus - gefordert. Mit den jetzt vorliegenden Vorprojekten werde dieses von der EVP/glp-Fraktion noch immer uneingeschränkt befürwortete Anliegen aus dem Jahre 2006 berücksichtigt.
- Das Baugesuch der Mobimo für das neue Bürogebäude der Firma 3M sei so etwas wie der Startpunkt zur städtebaulichen Weiterentwicklung - insbesondere des nördlichen Teils - des Bahnhofareals als auch der Stadt. Im Moment sei noch kaum vorstellbar, wie der nördliche Teil des Bahnhofs zukünftig aussehen werde. Klar sei bereits heute, dass dort etwas wie ein neuer Brennpunkt der Stadtentwicklung entstehen werde, der für die Stadtteile jenseits der Bahngleise mit ihren Mittelschulen und etlichen Wohnüberbauungen belebend wirken könnte, so dass diese Stadtteile näher ans Stadtzentrum rücken würden.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

- Das vorliegende Geschäft müsse nicht nur aus kommunaler, sondern auch aus regionaler Sicht beurteilt werden. Bei nüchterner Betrachtung sei es etwas unschön, dass die umliegenden Gemeinden keine finanziellen Beiträge an die Projekte leisten und trotzdem gleichzeitig von einem attraktiveren Bahnhof Langenthal profitieren. Bei nochmaliger, genauerer Betrachtung gelte es die Vorteile der Attraktivierung aber höher zu werten als die Nachteile. Zu erwarten sei auch, dass sich neben der Stadt Langenthal auch der Bund und der Kanton an den Kosten beteiligen werden, womit nicht die ganze Last auf Langenthal der Zentrumsstadt zu liegen komme, die wiederum auch von einer starken Region profitieren könne.
- Aus wirtschaftlicher Sicht gelte es die Projekte positiv zu beurteilen. Langenthal werde im interkommunalen Standortwettbewerb gestärkt und von nationaler Ebene mit einem positiven Entwicklungsprozess in Verbindung gebracht. Mit dem Projekt werde auch die Schaffung neuer und attraktiver Wohnräume in Bahnhofnähe möglich, so dass doch mit einer wesentlichen Wertschöpfung zu rechnen sei.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das vorliegende Geschäft als auch die im Entwurf vorliegende Abstimmungsbotschaft einstimmig.

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Robert Kummer (FDP):** Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei über den mit dem Agglomerationsprogramm der zweiten Generation beim Bund und Kanton erzielten Erfolg sehr erfreut und danke an dieser Stelle allen an diesem Erfolg beteiligten Personen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion nehme zur Kenntnis, dass es Spielregeln gebe, deren Spezialität für Aussenstehenden in Bezug auf die Termine, die Formalität und die Finanzierung des Projektes nicht gleich auf der Hand liegen. Tatsache sei, dass die Teilnahme am Agglomerationsprogramm freiwillig sei und dass diese Spielregeln dementsprechend akzeptiert werden müssen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion nehme auch zur Kenntnis, dass die SBB eine etwas spezielle Partnerin sei, so dass eine zusätzliche Projektsteuerung ins Organigramm eingebaut werden müsse. Die FDP/jll/BDP-Fraktion erhoffe sich, dass sich mit den dafür eingesetzten Mitteln mehr Kosten einsparen lassen, als Kosten zu verursachen, die wegen den SBB verplant werden könnten. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sehe im Projekt eine einmalige Chance, dass durch die Investition von Fr. 80.0 Mio. private Investoren angezogen werden, die mehrere hundert Millionen Franken in das nördliche Bahnhofgebiet investieren.

Die heutige Abstimmung werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion als ein Fingerzeig für das Jahr 2017 verstanden. Es gelte sich bewusst zu sein, dass mit einem Ja zum heute vorliegenden Kreditantrag (Fr. 6.45 Mio.) die Bereitschaft vorhanden sein müsse, im Jahr 2017 zu rund Fr. 30.0 Mio. Ja zu sagen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion unterstütze den Gemeinderat und stimme der Finanzierung des Projektes einstimmig zu.

**SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP):** Bis heute sei für die Ausarbeitung der Vorstudie mit durchgeführtem Wettbewerb schon viel und gut gearbeitet worden. Die SVP-Fraktion werde dem beantragten Rahmenkredit zustimmen. Allein die Vorstellung, was in den nächsten 15 bis 20 Jahren am Bahnhof mittels Investitionen alles umgekrempelt werde, lasse eine gigantische Ausgangslage erkennen. Nebst den Beiträgen von Bund und Kanton (Fr. 30.0 Mio.) und dem Beitrag der Stadt (Fr. 20.0 Mio.) werden schätzungsweise rund Fr. 250,0 Mio. von privaten Investoren erwartet. Von diesen Investitionen in die zukünftige und nachhaltige Stadtentwicklung werde die ganze Region profitieren können. Der Stadt Langenthal werde damit eine einmalige Chance geboten.

Auch der vorliegenden Botschaft werde die SVP-Fraktion zustimmen.

**SP/GL-Fraktion, Matthias Wüthrich (GL):** Auch die SP/GL-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Einen einzigen Wermutstropfen sehe die SP/GL-Fraktion darin, dass die zusätzlichen Punkte, die mit der Annahme der Tempo-30-Zone erfüllt worden wären, heute nun fehlen, womit nebst der Erhöhung der Sicherheit der Kinder in den Quartieren auch einen grösseren Zustupf (Gelder) hätte ausgelöst werden können.



**Lukas Felber (JL):** Aus Sicht der Jungliberalen sei das vorliegende Geschäft sehr entscheidend. Die Freude darüber, dass Projekte solcher Art von der Langenthaler Politik angepackt werden, sei dementsprechend gross. Im Unterschied zu den Vorrednern stelle er jedoch fest, dass es schlussendlich entscheidend sein werde, ob überhaupt Investitionen von Privaten fliessen werden und wie der Anschluss an den öffentlichen Verkehr aussehen werde. Er erinnere daran, dass Langenthal mit einem Zug pro Stunde während des Tages sowie mit nur einem Zug ab 22.00 Uhr abends, schlechter an den Verkehr angebunden sei als das Emmental. Wenn das so bleiben sollte, dann werde eine grosse Investition in Beton nicht wirklich etwas nützen. Persönlich sei er zuversichtlich, dass die drei im Grossen Rat vertretenen Mitglieder des Gemeinderats Langenthal vielleicht schon in der laufenden Legislaturperiode eine diesbezügliche Verbesserung erreichen werden.

**Paul Bayard (SP):** Das Projekt fasziniere ihn vor allem deshalb, weil damit endlich ganz konkret über den öffentlichen Verkehr gesprochen werde. Dass heute eine Diskussion über eine Anbindung an den öffentlichen Verkehrs stattfindet, was vor 30 Jahren im Grossen Gemeinderat wahrscheinlich undenkbar gewesen wäre, finde er schlichtweg "hammergeil!". Obwohl die Umsetzung der Planung einen Haufen Kosten mit sich bringe, gelte es sich immer im Hinterkopf zu behalten, dass die Umsetzung auch Brot in die Region bringe.

**Pascal Dietrich (JL):** Erfreulicherweise komme nun offenbar doch noch eine gute Stimmung zur Vorlage auf, die ihn veranlasse ins gleiche Horn zu blasen. Für ihn persönlich handle es sich dabei nicht nur um ein Jahrhundertprojekt, sondern um eine Jahrhundertchance. Eine Chance, die nicht mehr so schnell wiederkomme. Wer diese Chance nicht wahrnehme, säge sich selber den Ast ab worauf er sitze. Obschon es um viel Geld gehe, sei er sich sehr sicher, dass sich der Einsatz lohne. In diesem Sinne ermuntere er die Mitglieder des Stadtrates, mittels einem einstimmigen Entscheid, ein Signal zu setzen.

### III Abstimmung:

#### C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I):

##### I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

a) Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

#### Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 23. Juni 2014:

1. Der Erarbeitung der Projektierungen der Bahnhofplätze Nord und Süd und der Bahnhofspassage, der Erarbeitung allenfalls notwendiger Überbauungsordnungen sowie der Begleit- und Vorbereitungsstudien, der Kommunikationsmassnahmen und der externen Projektunterstützung - alles gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft - wird zugestimmt.
2. Zur Finanzierung des Vorhabens gemäss Ziffer 1. wird ein Rahmenkredit von Fr. 6'450'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 301.509.56, bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung der Projekte notwendigen Objektkredite zu bewilligen.
3. Die im Rahmen der Entwicklungsschwerpunktplanung (ESP) Bahnhof Langenthal und dem Agglomerationsprogramm Langenthal bei einer Bauausführung zu erwartenden Beiträge von Bund und Kanton werden den jeweiligen Objektkrediten entsprechend gutgeschrieben.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

b) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

**D Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.):**

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass auf eine Beratung des im Entwurf vom 28. Mai 2014 vorliegenden Botschaftstextes verzichtet wird und bittet um Abgabe der Stimme zu **Ziffer II. des Beschlussesentwurfs:**

**II. Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 28. Mai 2014 mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen).**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Beitritt zum Gemeindeverband Kulturförderung Oberaargau sowie Erlass Organisationsreglement Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau; Genehmigung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. September 2014

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** legt den Ablauf der Beratung fest:

Detailberatung: A Berichterstattung von Gemeinderat Daniel Rügger, Ressortvorsteher Kultur und Sport; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

Abstimmungen: C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I)

D Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

### A Berichterstattung von Gemeinderat Daniel Rügger, Ressortvorsteher Kultur und Sport; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission

**Gemeinderat Daniel Rügger (EVP):** Obschon es im vorliegenden Geschäft nicht um ganz so viel Geld gehe wie im vorherigen Traktandum, soll aber auch damit ein Signal für die Zukunft gesetzt werden. In der Vorlage zum Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau gehe es erstens um die Umsetzung des kantonalen Kulturförderungsgesetzes (KKFG) in der Region, zweitens um den Beitritt der Stadt Langenthal zum Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau und drittens um den Erlass des Organisationsreglements Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau.

Ausgangslage: Das KKFG, welches vom Grossen Rat im Juli 2012 bewilligt worden sei, bestimme, dass die Regionalen Kulturkonferenzen (RKK) spätestens bis Ende 2014 durch Regionalkonferenzen oder Gemeindeverbände ersetzt werden müssen. Regionen ohne Regionalkonferenzen müssen einen Gemeindeverband gründen. Für den Oberaargau heisse das, dass sich 47 Gemeinden bis Ende 2014 zu einem Gemeindeverband zusammenschliessen müssen.

Die Grundlagen zur Gründung des Gemeindeverbands seien durch den Verein Region Oberaargau erarbeitet worden. Der Verein habe dazu eine Projektorganisation eingesetzt, nämlich einen leitenden Ausschuss, eine Arbeitsgruppe "Gemeinderecht & Administration" und eine Arbeitsgruppe "Kulturförderung". Ein Organisationsreglement sowie eine Botschaft seien erarbeitet worden. Beide Dokumente seien den Gemeinden im Rahmen einer Mitwirkung zugestellt worden. Die Eingaben der Gemeinden seien in der Ausarbeitung des Geschäftes entsprechend berücksichtigt worden.

Subventionsverträge: Die Verträge der fünf Langenthaler Kulturhäuser blieben alle gleich, was heisse, dass der neu zu gründende Gemeindeverband keinen Einfluss auf die Verträge habe. Die Verträge laufen so lange weiter, bis der neue Gemeindeverband neue Leistungsverträge erarbeitet haben werde, die von allen Beteiligten zu verabschieden seien. Für die Stadt Langenthal stelle der Wechsel von der RKK mit 18 Gemeinden zum Gemeindeverband mit 47 Gemeinden in erster Linie eine organisatorische Veränderung dar.

Vorgeschichte Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK): Im Jahr 2003 sei die Regionale Kulturkonferenz Langenthal (RKK) gegründet worden. Das Ziel der RKK bestehe damals wie heute in der gemeinsamen Finanzierung der fünf Kulturhäuser der Stadt Langenthal. Die Stadt Langenthal sei mit 70%, der Kanton Bern mit 20% und die RKK-Gemeinden mit 10% an der Finanzierung beteiligt.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau: Der Gemeindeverband Kulturförderung der Region Oberaargau bezwecke mit den Gemeinden der Region Oberaargau und der Stadt Langenthal als Standortgemeinde sowie mit dem Kanton Leistungsverträge für die gemeinsame Unterstützung der Kulturinstitutionen der Stadt abzuschliessen. Der Verband bestehe aus Mitgliedern der Gemeinden des Verwaltungskreises Oberaargau.

Die Organe des Verbandes bestehen aus:

- den Verbandsgemeinden,
- dem Verbandsparlament, welches primär durch die Gemeindepräsidien vertreten werde,
- dem 9-köpfigen Verbandsrat, der sich aus den Subregionen zusammensetze.  
Dass die Sitzverteilung von 3 Mitgliedern für die Subregion Ost gegenüber den anderen Subregionen mit je 2 Sitzen als störend empfunden werde, sei nachvollziehbar. Langenthal als Standortgemeinde sei damit ein Kompromiss gegenüber den anderen Oberaargauer Gemeinden eingegangen.
- zu bestimmenden Kommissionen,
- der Rechnungsprüfungsorganisation und
- dem Personal, welches befugt sei den Gemeindeverband zu vertreten.

Das Organisationsreglement bilde die Grundlage des Gemeindeverbandes. Das Reglement basiere auf dem Musterreglement des Amtes für Gemeinde- und Raumordnung (AGR). Das AGR habe den ihm eingereichten Reglementsentwurf geprüft und mit kleinen Anpassungen gutgeheissen. Wichtig am heutigen Abend zu wissen sei, dass die Artikel des Reglements nicht zur Debatte stehen.

Kosten: Die Aufstellung der Kosten werde im Verhältnis der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner erfolgen. Die Aufteilung der Kosten gemäss KKFG: Standortgemeinde neu 50%, Kanton Bern 40% und der Gemeindeverband 10%. Weil die Leistungsverträge unter den Parteien neu auszuhandeln seien, könne heute noch keine Auskunft über die Kosten der Zukunft erteilt werden. In der Zwischenzeit seien die aktuellen Verträge gültig, bis sie von den neuen ersetzt werden. Andererseits könne man sagen, dass die Verwaltungskosten dieses Gemeindeverbandes ungefähr 20 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner betragen werden. Die Beiträge des Kantons werden, wie bereits angetönt, wie folgt aussehen: Das Chrämerhuus, das Stadttheater und das Museum werden neu mit 40% unterstützt; bisher seien diese mit 20% unterstützt worden. Die Regionalbibliothek werde unverändert mit 20% unterstützt und das Kunsthauus werde mit 40% unterstützt, da es bereits heute den Status "von überregionaler Bedeutung" trage.

Volksabstimmung: Gemäss Rückfrage beim AGR basiere der Zusammenschluss in den Gemeindeverband bis Ende Dezember 2014 auf freiwilliger Basis. Weil es sich dabei um einen normalen Beschluss über einen Beitritt in einen Gemeindeverband handle, sei der Beschluss gemäss Art. 36 Abs. 2 der Stadtverfassung von der Gesamtheit der Stimmberechtigten zu fassen. Der Entscheid dürfe oder müsse demnach von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Stadt Langenthal im Rahmen der am 27./28. September 2014 durchzuführenden Volksabstimmung gefällt werden.

Konsequenzen bei Ablehnung der Vorlage: Der Gemeindeverband werde gemäss Organisationsreglement gegründet, wenn die Mehrheit der Gemeinden, die zusammen mindestens die Mehrheit der Bevölkerung in der betreffenden Region aufweisen, zustimmen (= doppeltes Mehr). Letzte Woche sei bekannt geworden, dass bereits 37 Gemeinden (von 47 Gemeinden) dem Gemeindeverband und dem Erlass des Organisationsreglements an ihren Gemeindeversammlungen zugestimmt haben. Die Gemeinde Eriswil habe die Vorlage als einzige Gemeinde abgelehnt. Da am heutigen Tag das doppelte Mehr bereits erreicht sei, stelle sich die Frage, wieso in Langenthal trotzdem noch eine Volksabstimmung durchgeführt werden müsse?



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Er persönlich denke, dass die Langenthalerinnen und Langenthaler nun wirklich gefordert seien, gegenüber den fünf Kulturinstitutionen aber auch gegenüber den anderen Gemeinden ein Zeichen zu setzen. Einerseits gehe es darum, dass die Stadt Langenthal eine finanzielle Entlastung erhalten werde und andererseits gehe es auch darum, dass die anderen Gemeinden ein Zeichen der Wertschätzung der Stadt Langenthal bekommen, was ihre bereits erteilte Zustimmung betreffe.

Weiteres Vorgehen: Nach dem Zustandekommen des Gemeindeverbandes werde das Verbandsparlament im ersten Quartal 2015 den Verbandsrat wählen. Dieser werde sich anschliessend in Zusammenarbeit mit dem Kanton, mit den Institutionen von regionaler Bedeutung und mit der Standortgemeinde um die Aushandlung der Subventionsverträge kümmern. Der Regierungsrat werde die Leistungsverträge per Verordnung festlegen. Wie bereits erwähnt, laufen die aktuell gültigen Verträge der RKK bis zum Abschluss der neuen Subventionsverträge weiter. Aus den Akten gehe heraus, dass der Regierungsrat dieser Forderung entsprechend zugestimmt habe.

**GPK-Mitglied Urs Zurlinden (FDP):** Die Geschäftsprüfungskommission habe sich über den beantragten Beitritt der Stadt Langenthal in den Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau informieren lassen und stelle - nach geführter Diskussion - fest, dass das Geschäft formell korrekt vorbereitet worden sei. Aufgrund der Beratung in der Geschäftsprüfungskommission habe er vier Bemerkungen anzubringen:

- Im Zusammenhang mit der Frage, ob der Beitritt in den Gemeindeverband nicht eine breitere Mitwirkung verdient hätte, sei vom zuständigen Gemeinderat Daniel Rügger auf die "Ökonomie der Kräfte" hingewiesen worden. Das Geschäft sei von der Kulturbeauftragten der Stadt Langenthal (Marianne Hauser) vorbereitet worden.
- Auf die Feststellung, dass im vorliegenden Organisationsreglement konkrete Angaben zu den Beteiligungen der Gemeinden fehlen, sei von Gemeinderat Daniel Rügger entgegnet worden, dass aufgrund noch nicht vorhandener, mit den einzelnen Kulturinstitutionen aber neu zu verhandelnden Verträge, noch keine konkreten Zahlen und Beteiligungen genannt werden können.
- Der Geschäftsprüfungskommission sei aufgefallen, dass die Subregion Ost – wozu auch die Stadt Langenthal gehöre – mit gegen 60'000 Einwohnern im Vergleich mit den anderen Subregionen doch eher bescheiden vertreten werde (nur drei Sitze). Von den kleinen Gemeinden sei offenbar ein 7-köpfiger Verbandsrat vorgeschlagen worden, wogegen sich Langenthal für einen 9-köpfigen Verbandsrat eingesetzt habe. Die Sitzzuteilung sei somit das Ergebnis einer Kompromisslösung.
- Beruhigend zu wissen sei, dass die fünf Kulturinstitutionen der heutigen RKK, auch im künftigen Gemeindeverband unterstützt werden und dass diese detaillierte Leistungsverträge zu erfüllen haben. Bereits heute finde eine jährliche Überprüfung der Leistungsverträge mittel Controllinggesprächen statt. Der neue Verband werde die neuen Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen aushandeln müssen. Die Einhaltung dieser neuen Verträge werde selbstverständlich auch wieder jährlich überprüft.

Dass Langenthal im Vergleich mit den anderen Subregionen zahlenmässig schlecht vertreten werde, führe dazu, die "Faust im Sack zu machen". Die "Faust im Sack machen" lasse sich auch, weil der Kanton den neuen Gemeindeverband so oder so ins Leben rufe und ab dem 1. Januar 2015 in Kraft setzen werde. Die Grundidee des neuen Gemeindeverbandes bestehe darin, die regionale Kultur finanziell zu unterstützen. Diese Absicht sei sicher unbestritten, sollte aber von der ganzen Region getragen werden.



## B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)

**FDP/jll/BDP-Fraktion, Matthias Bärtschi (BDP):** "Zum kleineren Übel Ja sagen müssen!" etwas anderes sei gemäss kantonalem Kulturförderungsgesetz in Bezug auf den Beitrittsentscheid zum Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau nicht möglich. Die FDP/jll/BDP-Fraktion finde, dass allein schon die Zuteilung der Stimmen in den Verbandsorganen (Verbandsparlament, Verbandsrat) für Langenthal negative Auswirkungen habe. Als Standortgemeinde zahle Langenthal 50% an die Betriebskosten der jeweiligen Kulturinstitutionen, habe aber wegen der die Minderheit schützenden Stimmkraftverteilung kaum etwas zu sagen. Langenthal sei das Zentrum des Oberaargaus und biete ein sehr grosses kulturelles Angebot an, das auch von den Gemeinden im ganzen Oberaargau zu einem Beitrag von gerade einmal 10% an die Betriebskosten genutzt werde.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion finde, dass Langenthal im künftigen Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau zuwenig Mitspracherechte habe. Zum Zeichen, dass dem Beitritt mit der "Faust im Sack" zugestimmt werden müsse, werde sich eine Mehrheit der Mitglieder der FDP/jll/BDP-Fraktion der Stimme enthalten.

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion werde dem Beitritt zum Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau mit einer sich in Grenzen haltenden Euphorie und Begeisterung zustimmen. Die EVP/glp-Fraktion sei mit dem Abstimmungsbotschaftstext einverstanden.

Grundsätzlich fragwürdig sei die Tatsache, dass die Entscheidungsfreiheit zum vorliegenden Geschäft eingeschränkt sei, da es – falls die "freiwillige" Gründung abgelehnt würde – zu einem Zwangszusammenschluss sämtlicher Gemeinden käme. Nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion wünschenswert wäre, wenn der Stadt Langenthal als grosse Standortgemeinde eine stärkere personelle Vertretung in den Gremien zugesprochen würde.

Die EVP/glp-Fraktion wünsche dem Oberaargau - insbesondere der Stadt Langenthal - in Zukunft im Bereich Kulturförderung viel Erfolg und Kreativität.

**SP/GL-Fraktion, Martina Moser (SP):** Die Vorgaben des neuen kantonalen Kulturförderungsgesetzes seien klar: Bis Ende 2014 müssen die regionalen Kulturkonferenzen entweder durch Regionalkonferenzen oder durch Gemeindeverbände ersetzt werden. Da das Stimmvolk die Regionalkonferenz abgelehnt habe, gelte es nun über den Beitritt in den Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau abzustimmen.

Eine Wahl bestehe mit der Vorlage aber in keinsten Weise. Die SP/GL-Fraktion empfehle darum, ein positives Zeichen zu setzen und dem Stimmvolk den Beitritt in den Gemeindeverband zu beantragen, der vom Regierungsrat so oder so flächendeckend verordnet würde und der von anderen Gemeinden unterdessen bereits angenommen worden sei. Die SP/GL-Fraktion sei zudem der Ansicht, dass der Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau – auch wenn das Verhältnis zwischen der Stimmkraft und dem Kostenteiler nicht im Gleichgewicht sei – für die Stadt Langenthal einen Gewinn darstelle und damit unterstützenswert sei. Die SP/GL-Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

**SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP):** Im Gegensatz zum vorangegangenen Traktandum halte sich die Freude der SVP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft in sehr engen Grenzen, da der Beitritt in den Gemeindeverband erfolge, ob der Vorlage zugestimmt werde oder nicht. Eine Gestaltungsmöglichkeit bestehe praktisch keine. Selbst die kleine der Stadt noch verbleibende Möglichkeit, im Rahmen der Ausgestaltung des Organisationsreglements etwas zu bewirken, sei aufgrund des Zeitdrucks nicht möglich, da der Gemeindeverband am 1. Januar 2015 stehen müsse. Wenn dem nicht so wäre, würde das Organisationsreglement vom Kanton verordnet. Nicht zuletzt wegen des Zeitdrucks bestehe gar keine Möglichkeit, die Artikel des Organisationsreglements einzeln anzuschauen.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

Es gelte ein ganzes Paket gutzuheissen oder abzulehnen, ohne eine fundierte Beratung über das Organisationsreglement zu führen. Beispielsweise die Aufnahme einer Amtszeitbeschränkung für Verbandsräte sei nicht möglich, weil im Organisationsreglemententwurf diese Bestimmung nicht vorgesehen sei.

Die Kritik der SVP richte sich nicht an die Region Oberaargau, die versucht habe, das Beste aus der Situation zu machen. Die Kritik richte sich auch nicht an den Gemeinderat, obwohl sich die SVP-Fraktion gewünscht hätte, dass der Stadtrat in das von der Region Oberaargau durchgeführte Mitwirkungsverfahren miteinbezogen worden wäre, weil die Möglichkeit, sich zu einzelnen Artikeln zu äussern, zu diesem Zeitpunkt noch bestanden hätte.

Die Kritik der SVP-Fraktion richte sich an den Kanton bzw. an das kantonale Kulturförderungsgesetz. Jede Gemeinde sei verpflichtet entweder in einem Gemeindeverband oder im Rahmen von Regional Konferenzen mitzumachen und damit mitzuzahlen. Auch in einer Standortgemeinde müsse der Blick manchmal über die Gemeindegrenze hinaus schweifen. Obwohl sich das kulturelle Leben der Gemeinde Attiswil beispielsweise zu einem grossen Teil im Raum Solothurn abspiele, müsse Attiswil für den Gemeindeverband Oberaargau zahlen, was nicht nur eine höchst unbefriedigende Lösung, sondern auch ein massiver Eingriff in die Gemeindeautonomie darstelle. Der Kanton lasse diesbezüglich jegliches Fingerspitzengefühl vermissen. Die Finanzierung der Aussengemeinden betrage 10%, was ausreiche, um die Aussengemeinden zu verärgern, obschon diese damit sicher keinen ausreichenden substantiellen Beitrag leisten, damit die Stadt Langenthal am Schluss nicht doch den Löwenanteil an den Kosten für die Kulturprojekte zahlen müsse. Auch dieser Punkt sei unbefriedigend.

Niemand sollte das Gefühl haben, dass das neue Gesetz für Langenthal eine super Lösung darstelle. Der Fraktionssprecher der FDP/jll/BDP-Fraktion habe bereits betont, dass Langenthal bei der Stimmengewichtung massiv "Federn habe lassen müssen" und im Gegenzug dazu einen kleinen Beitrag von 10% an die Kosten erhalte. Langenthal sei relativ untervertreten, womit das neue Gesetz auch für Langenthal keine gute Lösung darstelle.

Da lediglich zwischen einer schlechten Lösung und einer schlechten Lösung gewählt werden könne, bringe eine Ablehnung der Vorlage nicht all zu viel. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion werde der Vorlage deswegen ohne grosse Begeisterung zustimmen. Ein Teil der Mitglieder werde sich der Stimme enthalten.

**Beat Sterchi (SVP):** Die Durchführung einer Volksabstimmung, deren Resultat von vornherein irrelevant sei, werde eigentlich nur in der Europäischen Union (EU) praktiziert. Mit dem vorliegenden Geschäft gelinge dies nun auch dem Kanton Bern. Obschon der Oberaargau wegen der Ablehnung der Regionalkonferenz zum Teil selber schuld daran sei, lasse sich hinter die Verhältnismässigkeit dieser Lösung Fragezeichen setzen. Der Kultur des Oberaargaus werde damit seines Erachtens nicht geholfen. Die Kulturinstitute seien zu unterstützen, um ihnen zu ihrem Recht im Verband zu verhelfen.

Aus denselben Gründen, wie von den Vorrednern bereits erwähnt, habe er persönlich eigentlich einen Abänderungsantrag zum Artikel 35 (Verbandsrat/Zusammensetzung) stellen wollen, was aber leider nicht möglich sei. Er fordere den Gemeinderat dringend dazu auf, die Stadt nicht als eine Bittstellerin des Gemeindeverbands zu betrachten, sondern sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Langenthal mit mindestens zwei Mitgliedern im Verbandsrat vertreten sein werde. Diese Forderung müsse durchgesetzt werden, weil es nicht sein könne, dass die Stadt Langenthal als Standortgemeinde der fünf Kulturinstitute nicht einmal eine Sitzgarantie im Verbandsrat innehabe. Nebst dem Kulturminister gehöre ein weiterer Vertreter der Stadt in den Verbandsrat!



### III Abstimmung:

#### C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I):

##### I. Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 15 Enthaltungen):

a) Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

#### **Gemeindebeschluss:**

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 36 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 23. Juni 2014

#### **beschliesst:**

1. Dem Beitritt zum Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau und dem Erlass des Organisationsreglements Gemeindeverband Kulturförderung Region Oberaargau gemäss Anhang wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

b) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### D Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. September 2014 (Beschlussesentwurf Ziffer II.):

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass auf eine Beratung des im Entwurf vom 28. Mai 2014 vorliegenden Botschaftstextes verzichtet wird und bittet um Abgabe der Stimme zu **Ziffer II. des Beschlussesentwurfs:**

**II. Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 28. Mai 2014 mit 29 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 9 Enthaltungen).**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**5. Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen (erheblich erklärt am 19. September 2011); Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Gemeinderat Reto Müller (SP):** Der Gemeinderat beantrage die Verlängerung der Bearbeitungsfrist der vorliegenden Motion, die am 19. September 2011 mit Stichentscheid des damaligen Stadtratspräsidenten erheblich erklärt worden sei.

Die Alterswohnungen an der St. Urbanstrasse Nr. 40 und Nr. 42 seien vollvermietet. Das Angebot entspreche dem Bedürfnis. Der Gemeinderat setze damit seine Altersstrategie weiterhin um, wonach der Bevölkerung Langenthals alle Möglichkeiten - vom selbstständigen Wohnen in den eigenen vier Wänden, über das Wohnen mit Dienstleistungen oder mit Spitex-Unterstützung, über die tageweise Betreuung in einem Ta-beo, bis hin zur Pflege in einem Alterszentrum oder einem Altersheim – offen stehen sollen.

Im Kanton Bern werde damit gerechnet, dass der Anteil an über 80-jährigen Menschen bis im Jahr 2035 um 76% zunehmen werde. Der Altersleitbildregion Langenthal werde sogar ein überdurchschnittliches Wachstum prognostiziert, womit die Angebote in diesem Sektor auch in Zukunft wichtig bleiben.

Im Jahr 2012 habe die Rechnung der Seniorenwohnungen mit einem Gewinn von Fr. 5'520.00 abgeschlossen werden können. Im Jahr 2013 habe der Gewinn Fr. 1'828.00 betragen. Nur im ersten Halbjahr nach der Betriebsaufnahme habe ein kleiner Verlust hingenommen werden müssen. Die Vermietung werde somit relativ kostendeckend betrieben, womit eine Forderung der vorliegenden Motion erfüllt werde. Ein kostendeckender Betrieb sei auch möglich, weil ein Teil der Parkplätze an Externe untervermietet werde.

Die schlechte Nachricht sei, dass dem Stadtrat der Antrag zur Verlängerung der Bearbeitungsfrist mit einer Verspätung von 6 Monaten vorgelegt werde, wofür er sich im Namen des Gemeinderates entschuldige. Obwohl er bis anhin noch keine brennende Kerze zur Erinnerung an die Bearbeitungsfrist der Motion gesehen habe, könne er versichern, dass das Anliegen stets aktiv bearbeitet worden sei und dass es nicht nur einfach zwei Jahre lang in einer Schublade gelegen habe.

Der Gemeinderat habe sich aktiv mit dem Inhalt der Motion befasst: Zuerst habe eine Diskussion über die zu reglementierenden Punkte stattgefunden, was zu einem Reglementsentwurf geführt habe, der in den Grundlageakten einsehbar sei. An einer weiteren Gemeinderatssitzung sei beschlossen worden, der AZH-Leitung (und damit auch der Leitung der Seniorenwohnungen an der St. Urbanstrasse Nr. 40 und Nr. 42) Weisungen zu erteilen, um den Inhalt der Motion nachhaltiger, schneller und wirksamer umsetzen zu können. Damit sei auf den Erlass eines Reglementes verzichtet worden, das unter Umständen auf das ganze Gemeindegebiet hätte angewendet werden müssen.

Mit dem Erlass der Weisungen sei der Inhalt der Motion respektive die geäußerte Absicht der Motionäre bereits erfüllt. Weil der Gemeinderat die Erfüllung der Motion in Bezug auf den explizit geforderten Reglementserlass aber in die Erstellung der Grundlagen für die künftige AZH AG einbinden wolle, liege ein Antrag zur Verlängerung der Bearbeitungsfrist der Motion bis zum 31. Dezember 2015 vor. In diesem Zusammenhang mache er auf das laufende Vernehmlassungsverfahren zur Ausgliederung des Alterszentrums Haslibrunnen in die AZH AG aufmerksam.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

**GPK-Mitglied Patrick Freudiger (SVP):** Die Geschäftsprüfungskommission habe die formelle Richtigkeit des Geschäftes geprüft und könne diese bejahen, obwohl festgestellt worden sei, dass die Bearbeitungsfrist nicht eingehalten worden sei. Die Geschäftsprüfungskommission gehe davon aus, dass diese Fristverletzung eine Ausnahme bleiben werde und dass Anträge auf Verlängerung von Bearbeitungsfristen künftig gestellt werden, bevor die Fristen ablaufen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit der Frage befasst, ob nicht bereits die Tatsache, dass die Frist abgelaufen sei, eine genügende Begründung geliefert hätte, um eine Verlängerung zu rechtfertigen. Aufgrund der vom Gemeinderat noch zusätzlich ins Spiel gebrachten Opportunitätsüberlegungen - die von der Geschäftsprüfungskommission nicht bestritten werden - könne die formelle Richtigkeit bejaht werden.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die Fristverlängerung für die Bearbeitung der Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen (erheblich erklärt am 19. September 2011) bis zur Beschlussfassung über die Grundlagen zur Ausgliederung des Alterszentrums Haslibrunnen in eine AG, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2015, wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

## 6. Wahl eines Mitglieds der Volksschulkommission (Ersatzwahl für die per 31. Juli 2014 zurücktretende Schärer-Fankhauser Heidi [EVP])

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**EVP/glp-Fraktion, Anita Steiner-Thaler (EVP):** Die EVP/glp-Fraktion schlägt Frau Rahel Lanz, (EVP), Kaufrau mit Berufsmaturität/Studentin Soziale Arbeit Berner Fachhochschule, als Ersatzmitglied zur Wahl in die Volksschulkommission vor.

**Stadratspräsident Markus Bösiger (FDP)** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Rahel Lanz, (EVP), Kauffrau mit Berufsmaturität/Studentin Soziale Arbeit Berner Fachhochschule wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Volksschulkommission gewählt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. **Motion Bärtschi Matthias (BDP), Bayard Paul (SP), Dietrich Pascal (JL), Di Nino Roberto (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Gfeller Markus (FDP), Greber Beatrice (SP), Lanz Rahel (EVP), Schaller Albert (SVP), Stäger Christoph (glp), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Trachsel Ruth (EVP) vom 12. Mai 2014: Sofortmassnahmen gegen den Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG; Stellungnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Trotz der Tatsache, dass die Motion von einem hochkarätigen Unterstützungskomitee eingereicht worden sei, komme er nicht umhin, einleitend darauf hinzuweisen, dass die HasliPraxis AG einen Verwaltungsrat habe, der von einer Frau Sandra Lambroia Groux präsiert werde und dass dieser Verwaltungsrat offiziell und im Sinne des Anliegens noch nie mit der Stadt Langenthal Kontakt aufgenommen habe.

Der Gemeinderat werde mit vorliegender Richtlinienmotion beauftragt, geeignete Sofortmassnahmen zu prüfen, um dem Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG entgegenzuwirken. Damit werde etwas verlangt, was eigentlich Belange des Gemeinderates betreffe und womit der Gemeinderat aufgefordert werde, dem Parlament innert 9 Monaten einen Bericht zur Kenntnis vorzulegen.

Dem Gemeinderat sei es sehr wichtig, dass zur Kenntnis genommen werde, wie sehr die Arbeit der HasliPraxis geschätzt werde und dass das zukunftsorientierte Praxismodell zur Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung der Stadt Langenthal als bestens geeignet erachtet werde. Der Hauptinitiant (Dr. Andreas Bieri) habe sich mit einem unvergleichlichen Engagement um seine Nachfolgeregelung gekümmert. Wenn auch nur jeder 10. Hausarzt seine Nachfolge mit demselben Engagement anginge wie Dr. Andreas Bieri, dann würde die Hausarztversorgung heute wohl kein so grosses Problem darstellen. Auch im Grossen Rat sei man sich der Verteilungsproblematik bewusst und auch dort sei bekannt, wo Hausärzte heutzutage lieber praktizieren und wo eher nicht.

Die Stadt Langenthal habe von der Initiative von Herrn Dr. Andreas Bieri sehr profitieren können. An dieser Stelle danke er allen Mitarbeitenden des HasliPraxis-Teams für den täglich zu leistenden Einsatz. Das Gemeinschaftspraxis-Modell entspreche den heutigen Anforderungen, weil damit gegenüber früher eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung möglich sei. Mit dem Gemeinschaftspraxis-Modell werde auch Synergiepotential im Bereich der Organisation sowie im Bereich der Ausstattung (medizinische Geräte und Apparate) geschaffen.

Am heutigen Abend gehe es aber eigentlich nicht um die HasliPraxis, sondern um die Parkplätze um die Praxis herum. Der Standort an der St. Urbanstrasse liege grundsätzlich gut. Die Liegenschaft zwischen der Strasse und dem Friedhofareal sei zugegebenermassen parkplatzmässig etwas eingengt, könne jedoch quasi von einer privaten Bushaltestelle, die im 15-Minuten-Takt angefahren werde, profitieren. Im Baubewilligungsverfahren seien 35 Parkplätze bewilligt worden. Gemäss dem sogenannten Bewilligungsbereich wäre der Bau von 46 Parkplätzen möglich gewesen. 27 Parkplätze seien gefordert worden.

9 Parkplätze seien oberirdisch und 26 Parkplätze in der Einstellhalle angebracht. Die oberirdischen Parkplätze seien angeschrieben. Anders als auf der Homepage der HasliPraxis angegeben werde, seien nicht 3 Parkplätze für Gehbehinderte Patienten reserviert, sondern nur 1 Behindertenparkplatz. 2 weitere seien mit "HasliPraxis" beschriftet. Ein Parkplatz sei mit Frau Dr. Würfel bezeichnet und 5 Parkplätze seien mit "Besucher Seniorenwohnungen" beschriftet.

Zwei Parkplätze im Strassenabstand (nahe am Friedhofweg, unmittelbar neben der Fahrbahn liegend) seien schon erstellt worden, was in einem Verfahren bewilligungsmässig bestätigt worden sei und wozu der Gemeinderat die Einwilligung erteilt habe.



Zudem sei in einem weiteren Entgegenkommen und unter Berücksichtigung der Situation in der ersten Reihe der blauen Zone-Parkplätze (Reihe anschliessend an Parkplätze der HasliPraxis-Liegenschaft bis zum Friedhofeingang) ein Schild "Besucher HasliPraxis" angebracht worden. Diese Beschriftung in der blauen Zone habe allerdings keine Rechtsverbindlichkeit und komme wie der Hinweis "*bitte fahren Sie nur 30 kmh*" oder "*bitte brechen Sie hier nicht ein*" lediglich einem Wunsch gleich. Der Gemeinderat verabschiedete in der Regel Geschäfte, die dem Aspekt, rechtsverbindlich umsetzbar zu sein, gerecht werden.

Nebst der Tatsache, dass von der Organisation der HasliPraxis offiziell nie ein Begehren an die Stadt gestellt worden sei, halte er auch fest, dass in diesem Gebiet eine Lösung des Problems nicht einfach möglich sei, was auch von den Motionären festgestellt worden sei. Die Anzahl blaue Zone-Parkplätze am Friedhofweg sei beschränkt und der nächste öffentliche Parkplatz befinde sich zumindest für gehfähige Leute auf dem Wuhrplatz. Auch anlässlich der Geschäftsprüfungskommissionssitzung habe man ihm mitgeteilt, dass die Beschilderung mit "Besucher HasliPraxis" doch einfach nach hinten erweitert werden könnte. Selbstverständlich liesse sich dies machen, aber rechtsverbindlich wäre diese Massnahme nicht.

Die Stadt Langenthal verfüge über ein geltendes Parkplatzbewirtschaftungsreglement, worin die Stadt in drei Zonen aufgeteilt sei. Die HasliPraxis liege in einem blaue-Zone-Gebiet. Blaue Zone heisse, dass sich die Parkplätze auf öffentlichem Grund und Boden befinden. In diesem Sinne sei deren Nutzung grundsätzlich für die Öffentlichkeit und nicht für ein bestimmtes Publikum gedacht, auch wenn es sich um eine wünschenswerte Einschränkung handle.

Ein weiteres Problem bestehe darin, dass für den Friedhofweg an einem Erweiterungsprojekt gearbeitet werde, womit möglicherweise eine Parkplatzergänzung denkbar sei. Ein entsprechender Beschluss dazu liege aber noch nicht vor. Das Projekt stehe in Abhängigkeit zum Sanierungsprojekt der St. Urbanstrasse, die bekanntlich eine kantonale Strasse sei. Die Stadt stehe mit dem Kanton schon länger in Kontakt. Ein wichtiger Teil dieses Sanierungsprojekts bestehe darin, die Bushaltestelle mit einer erhöhten Ausstiegskante zu versehen und diese so zu positionieren, damit sie nach wie vor ausgezeichnet für die Liegenschaft zu liegen komme, worin sich auch die HasliPraxis befinde.

An dieser Stelle weise er auf einen bestimmten Widerspruch hin. Einerseits werde der Friedhofweg als Schulweg bezeichnet. Der Gemeinderat sei gebeten worden, dort Verkehrsberuhigungsmassnahmen zu treffen. Andererseits werde nun vorgeschlagen, dass die Patienten der HasliPraxis möglichst nahe in dieser Strasse parkieren können sollen. Ein weiterer Vorschlag liege vor, wonach auf dem für den Friedhof reservierten Reserveland Parkplätze gebaut werden sollen. Betreffend diesen Vorschlag gelte es zur Kenntnis zu nehmen, dass sich dieses Land in der ZÖN befinde, so dass es baurechtlich betrachtet nicht einfach für private Parkplätze genutzt werden könne. Wenn die Stadt reservierte Parkplätze für die private Institution HasliPraxis bauen würde, dann müsste sie baurechtlich gesehen, wie ein privater Investor handeln und sich an die aus dem Baubewilligungsverfahren abzuleitenden Parkplatzvorgaben richten, wonach 11 Parkplätze erstellt werden könnten.

Der Gemeinderat sei auch der Meinung, dass in Bezug auf die Parkplatzproblematik ein Kontakt mit der HasliPraxis hergestellt werden soll und zwar unabhängig davon, ob die Motion heute Abend erheblich erklärt werde oder nicht. Es gelte sich zudem genau zu überlegen, ob gewisse Opportunitäten einfach über Reglemente gestellt werden sollen, indem Parkplätze der blauen Zone zwischenzeitlich einfach an irgend jemandem vermietet werden können. Auch wenn es im vorliegenden Fall um die HasliPraxis AG gehe, stehe dieses Vorgehen im Widerspruch zum öffentlichen Grund und Boden.

Für die Liegenschaft seien - wie bereits erwähnt - 35 Parkplätze bewilligt worden. Natürlich lasse sich sagen, dass sich die Parkplätze aus der Sicht der HasliPraxis nicht am richtigen und geeigneten Ort befinden, weil sie in der Tiefgarage angelegt seien. Bis anhin habe aber noch niemand eine Anstrengung unternommen, um allenfalls mit der zuständigen Liegenschaftsverwaltung eine Lösung zu finden. Nach Auskunft der Liegenschaftsverwaltung im Haslibrunnen habe diese von diesem Anliegen noch nie etwas gehört.



Ein Teil der Parkplätze werde heute mangels Parkplatzbedarf der Wohnungsbewohner fremdvermietet. Aktuell seien drei Plätze von Wohnungsmietern belegt. Die übrigen Parkplätze seien entweder an die HasliPraxis oder an Dritte vermietet. Demgemäss könnte die Situation mit der Optimierung von bestehendem Parkplatzraum ganz einfach verbessert werden.

Der Stadtrat müsse sich nun überlegen, ob eine "Charmeoffensive" für die HasliPraxis gestartet werden soll, oder ob ein grundlegendes Anliegen verfolgt werden wolle, welches allerdings eine Dimension annehmen könnte, das den Rahmen der gemeinderätlichen Kompetenz hinsichtlich damit verbundener Kosten übersteige.

Die in einem Mail gelesene Aussage, wonach das SRO für die HasliPraxis eher eine branchenfremde Organisation sein soll, habe ihn persönlich etwas beunruhigt, da es in einer im Gesundheitswesen geführten Diskussion erforderlich sei, dass zumindest die Hauptakteure am gleichen Strick ziehen. Dass sich der Gemeinderat für die SRO eingesetzt habe, um eine Finanzierungslösung für die HasliPraxis AG zu finden, sei aus der Sicht des Gemeinderates nach wie vor richtig, zumal es wohl kaum jemanden anderes mit ausreichendem Know how im Gesundheitswesen gebe, um Ärzte (allenfalls Assistenzärzte) zu mobilisieren, die auch in der HasliPraxis eingesetzt werden könnten.

Der Gemeinderat sei zum Schluss gelangt, dass eine weitere Berichterstellung in 9 Monaten zum Thema nichts bringe und beantrage die Motion zur Ablehnung.

Der Gemeinderat würdige die vorbildlichen Anstrengungen und Leistungen von Dr. Andreas Bieri. Dass mit der Lancierung der vorliegenden Motion der richtige Weg (um die offiziellen Gremien herum) eingeschlagen worden sei, werde allerdings bezweifelt und werfe die Frage auf, was vom Gemeinderat eigentlich erwartet werde, was dieser tun soll, wenn die Motion erheblich erklärt würde.

**Motionär Christoph Stäger (glp):** In seinen Ausführungen nehme er Stellung als der Vertreter der Motionäre und als Sprecher der EVP/glp-Fraktion: Wie viele andere Gemeinden im ländlichen Raum sehe sich auch Langenthal mit zunehmenden Problemen in der ärztlichen Versorgung konfrontiert. Schuld daran seien nebst anderen Faktoren Fehlentwicklungen auf übergeordneter Ebene (ungenügende Ausbildungsplätze), eine ungerechte Tarifstruktur und was speziell die Langenthaler Hausärzte betreffe, die eingeschränkte Medikamentenabgabe.

Tatsache sei, dass wegen der aktuellen Pensionierungswelle bei den Hausärzten eine schmerzhaft Lücke in der medizinischen Grundversorgung klaffe. Die Gründung der HasliPraxis AG (auf Initiative von Dr. Andreas Bieri und der SRO) sei genau zum richtigen Zeitpunkt erfolgt und habe die Stadt vor gravierenden Problemen bewahrt.

Ein Grossteil der Patienten sei in der Mobilität eingeschränkt und damit auf das Auto und auf kurze Gehstrecken angewiesen. Praxisnahe Parkmöglichkeiten seien deshalb für diese Patienten unabdingbar, bei der HasliPraxis aber in ungenügender Anzahl vorhanden. Der HasliPraxis AG könne nicht vorgeworfen werden, eine Fehlplanung gemacht zu haben, da das Gebäude samt dem Parkplatz primär für die Spitex vorgesehen gewesen wäre.

Es gehe nun darum, vernünftige und zeitnahe Lösungen für das Parkplatzproblem zu finden. Mit der geplanten Sanierung der Friedhofstrasse werde seitens der Stadt bereits eine Verbesserung der Situation geplant. Bis zur allfälligen Realisierung in vielleicht einigen Jahren sollte aber eine pragmatische Zwischenlösung gefunden werden. Eine Ausscheidung von einigen weiteren Parkplätzen entlang der Friedhofstrasse wäre wohl eine der einfachsten Varianten. Da die Stadt von der privaten Initiative der HasliPraxis profitiere, sollte sie auch Hand für eine Übergangslösung bieten.

Das Argument, dass es sich bei der HasliPraxis um ein privates Unternehmen handle und es demnach keine Aufgabe der öffentlichen Hand sei, für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen, sei unfair, da die HasliPraxis sehr wohl ein öffentliches Interesse erfülle. In diesem Sinne würde es der Stadt gut anstehen, die von den Motionären vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen – letztlich zum Wohl der Langenthaler Bevölkerung.



**FDP/jil/BDP-Fraktion, Pascal Dietrich (jil):** Der Vorstoss sei in der FDP/jil/BDP-Fraktion kontrovers und hitzig diskutiert worden. Auf der einen Seite werde klar die Meinung vertreten, dass es im Interesse der öffentlichen Hand liegen würde, Massnahmen zu ergreifen. Auf der anderen Seite habe eine Mehrheit der Fraktion die Auffassung, dass es nicht Sache der Stadt sei, einer privaten Institution unter die Arme zu greifen. Die Fraktionsmeinung sei gespalten, weshalb die Motion mehrheitlich abgelehnt werde.

**SVP-Fraktion, Roberto Di Nino (SVP):** Die SVP-Fraktion werde die Motion grossmehrheitlich unterstützen. Dass die hausärztliche Versorgung heute in der Stadt Langenthal sichergestellt sei, sei weder der Verdienst der politischen Behörden, noch der der Verwaltung, sondern der Verdienst einer privaten Initiative, die das Problem gelöst habe, bevor es zu einem öffentlichen Problem geworden sei. Die Ausgangslage bestehe darin, dass die Institution, die die Lösung trage, gewisse Schwierigkeiten habe ihre Aufgabe zu erfüllen. Die SVP-Fraktion sei der Auffassung, dass es selbstverständlich sein sollte, von der Stadt her hier Hand zu bieten und bei der Problemlösung mitzuhelfen. Es gehe um eine Aufgabe, die im öffentlichen Interesse stehe. Argumente, dass Parkplätze vorhanden seien – auch im weiteren Perimeter - und dass es eine Bushaltestelle gebe, seien bereits erwähnt worden und trotzdem sollte gehandelt werden, weil diese Argumente den betroffenen gehbehinderten Leuten und Senioren nichts nützen. Die SVP-Fraktion mache beliebt der Motion zuzustimmen. Der Bericht – wenn er denn komme und die Stadt die Gespräche zur Problemlösung geführt habe – könnte ja dann kurz gehalten werden. Die SVP-Fraktion werde der Motion grossmehrheitlich zustimmen.

**SP/GL-Fraktion, Renato Baumgartner (SP):** Der Stadtpräsident habe zum Thema am heutigen Abend schon fast alles vorweg genommen. Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass die medizinische Grundversorgung wichtig sei und deshalb nicht weggelassen werden könne. Die SP/GL-Fraktion sei sich auch bewusst, dass die HasliPraxis für die Stadt eine grosse Bedeutung habe und aus der hiesigen Gesundheitslandschaft nicht mehr wegzudenken sei. Andererseits habe sich die Fraktion aber mit Fragen auseinandergesetzt, wie:

- Was dies alles mit den Parkplätzen zu tun haben soll?
- Ist die medizinische Grundversorgung an Parkplätze gekoppelt?
- Gibt es nicht genügend Parkplätze?
- Gibt es nicht andere Ansprechpersonen, die Parkplätze haben, die benützt werden könnten?
- Ist es Sache der Stadt, die Parkplätze zu organisieren?
- Ist es Sache der Stadt, die für den Friedhofweg beabsichtigte Planung jetzt vorzuziehen, um rasch ein paar Parkplätze zu gestalten?

Die Mehrheit der SP/GL-Fraktion werde der Motion nicht zustimmen.

**Beatrice Greber (SP):** In einer Wohnstadt wie Langenthal habe die Bevölkerung einen berechtigten Anspruch auf eine gute medizinische Versorgung, die gut erreichbar sei, was sehr wichtig sei. Aus diesem Grund sei von allen hier Anwesenden jahrelang der Betrieb einer zentral gelegenen Gemeinschaftspraxis erhofft worden. Damals habe die Stadt "A" gesagt und heute gelte es "B" zu sagen.

Die meisten, die die Praxis aufsuchen müssen, seien krank und leiden unter Schmerzen. Persönlich stehe sie mit Überzeugung hinter der Motion im Interesse der kranken Langenthaler und nicht vorwiegend im Interesse der Ärzte.

Herr Dr. Andreas Bieri habe sehr Grosses für eine gute medizinische Versorgung in Langenthal geleistet. Eine zentrale Gemeinschaftspraxis sei zeitgemäss und sehr wichtig. Auch der Notfalldienst der Hausärzte hinter dem Notfall des SRO-Spitals werde sehr geschätzt und bringe sehr vielen rasche Hilfe. Auch am Aufbau des Notfalldienstes der Hausärzte habe sich Herr Dr. Andreas Bieri verdient gemacht, wofür sie ihm danke.

Heute könne von gesunden Menschen im Stadtrat etwas für kranke Menschen und deren Angehörige entschieden werden. Sie hoffe auf viel Verständnis.



**Therese Grädel-Fankhauser (SP):** Anders als ihre Kollegin und Vorrednerin teile sie die Meinung des Gemeinderates. Sie arbeite seit längerer Zeit in Bern. Haargenau das gleiche Parkplatzproblem sei vor 10 Jahren auch an ihrem Arbeitsplatz in der Klinik im Engeried diskutiert worden, wo Praxen der verschiedensten Abteilungen (Geburtenabteilung, Onkologie, etc. etc.) untergebracht seien. Früher seien die Leute hospitalisiert worden, heute könne die Behandlung eines Patienten an einem halben Tag vorgenommen werden, was eine riesen Parkplatzdiskussion ausgelöst habe. Erschwerend sei zudem gewesen, dass damals im Neufeld die Strasse geschlossen worden sei bzw. dass diese zu gewissen Zeiten mit Pollern gesperrt werde. Die Diskussion habe zu vielen guten Lösungen geführt. Heute nach 10 Jahren könne festgestellt werden, dass es auch mit wenigen Parkplätzen gehe, wenn die Leute gut instruiert und informiert seien. Zudem müsse sich halt jede und jeder selber an der Nase nehmen und nicht meinen, für jeden hinterletzten "Chabis" das Auto benützen zu müssen.

Es gelte sich auch zu fragen, ob man eine Stadt wolle, in der man bald einmal ersticke, weil jeder mit dem Auto in die Stadt karren wolle und damit die Umwelt verpeste. Alle würden wissen, dass wegen des Verkehrs Atemwegserkrankungen bei Kindern wie bei Erwachsenen massiv zunehmen. Mit der Erlaubnis noch mehr Parkplätze zu bauen, werde noch mehr Anreiz geschaffen mit dem Auto in die Stadt zu fahren, anstatt den Bus zu benützen.

Sie persönlich werde der Motion nicht zustimmen.

**Martin Stauffer (FDP):** Ihm bereite das mit der Motion verbundene Präjudiz ein Problem. Am Standort seines Büros sei die Situation ähnlich. In der Liegenschaft seien auch 3 Arztpraxen und ein Physiotherapeut untergebracht. Alle Besucher sowie Patienten würden per Auto anreisen, wofür 10 Parkplätze zur Verfügung stehen. Für die Liegenschaft sei der Bau von 10 Parkplätzen bewilligt worden.

Wenn die Stadt bei der HasliPraxis mehr Parkplätze schaffe, werde damit ein Präjudiz geschaffen. Auch im Ulmenhof, wo sein Büro untergebracht sei, gebe es Ärzte, die zuwenig Parkplätze zur Verfügung haben. Sollte der Motion zugestimmt werden, werde er vielleicht auch einen Vorstoss einreichen, damit die Stadt für mehr Parkplätze für die Arztpraxen im Ulmenhof Sorge.

Es gelte sich zu fragen, wozu ein Parkplatzreglement erlassen worden sei oder weshalb im Rahmen von Baubewilligungen Vorschriften bestehen, wenn diese im Bedarfsfall einfach ausgehebelt werden können. Er verbitte es sich, in diesem Fall ein Präjudiz zu schaffen, weil allen Dienstleistern zuwenig Parkplätze zur Verfügung stehen.

**Robert Kummer (FDP):** Mit dem Anliegen der vorliegenden Motion werde sein demokratisches Verständnis sowie seine liberale Haltung arg strapaziert. Unabhängig davon, dass es um die medizinische Versorgung und um das Engagement von Dr. Andreas Bieri gehe, sei es definitiv nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, ein privatrechtliches Problem zu lösen.

Wie der Stadtpräsident abgeklärt und aufgezeigt habe, könnte die HasliPraxis ganz einfach Parkplätze in der Einstellhalle mieten, womit sie über mehr Parkplätze für ihre Patienten, ihre Angestellten und Ärzte verfügen würde. Die öffentliche Hand sei dazu nicht erforderlich, zumal damit – wie Stadtrat Martin Stauffer bereits erwähnt habe – ein Präjudiz geschaffen würde.

Er habe sich die Situation um die HasliPraxis ebenfalls persönlich angesehen. Das Parkieren auf den 9 oberirdischen Parkplätzen sei nicht unproblematisch, da ein Teil der Parkfelder nicht 2.5 x 5m gross seien. Seiner Ansicht nach seien 6 der 9 Parkplätze brauchbar. Dass die Parkfelder so eingezeichnet, geplant und angerechnet worden seien, sei ein Fehler, dessen Korrektur aber nicht eine Aufgabe der öffentlichen Hand sei.



**Pascal Dietrich (JL):** Aufgrund der bisher im Rat geführten Diskussion – worin von Präjudiz und privater Institution die Rede sei - sei er sich nicht ganz sicher, ob man im Saal überhaupt begriffen habe, welche Bedeutung die HasliPraxis für die Stadt Langenthal eigentlich habe. Er sehe sich veranlasst darauf hinzuweisen, dass mehr als 50% der Hausarztkonsultationen in der Stadt Langenthal über die HasliPraxis laufen, womit also mehr als die Hälfte der Leute, die in Langenthal einen Hausarzt aufsuchen, in die HasliPraxis gehen. Demgemäss und weil es bestimmt nebst einer Notariatspraxis auch noch Coiffeursalons gebe, die ebenfalls zuwenig Parkfelder haben, staune er schon über die Bemerkung, dass die Erheblicherklärung der Motion allenfalls dazu führen könnte, ebenfalls einen Vorstoss mit demselben Zweck einreichen zu wollen. Ohne Coiffeuren oder Notaren nahe treten zu wollen, frage er sich schon, in wie weit es entscheidend sein könne, ob oder dass es in Langenthal einen Coiffeursalon oder eine Notariatspraxis mehr oder weniger gebe, wogegen es für die Gesundheitsversorgung Langenthals sehr entscheidend sei, dass es die HasliPraxis gebe.

Er warne davor, alles in einen Topf zu werfen und stur von Präjudiz zu sprechen und damit auf Prinzipien herumzureiten, ohne die Sache ins Zentrum zu stellen und im Sinne des öffentlichen Interesses zu handeln. Die HasliPraxis sei für Langenthal quasi systemrelevant. Der Begriff "systemrelevant" sei rund um die Bankenregulierungen in den letzten 7 bis 8 Jahren bekannt geworden. Die UBS sei vom Bund und der Nationalbank gerettet worden, weil sie eben systemrelevant sei, und da der schweizerische Zahlungsverkehr ohne die UBS zusammenbrechen würde – wogegen die Spar- und Leihkasse Thun in den 90-Jahren aufgrund ihrer Grösse nicht gerettet worden sei. Anders als bei der UBS gehe es bei der HasliPraxis aber nicht um eine Rettung und schon gar nicht um Geld. Auch gehe es überhaupt nicht darum – wenn der Vorstoss überwiesen werde – dass die Stadt Bagger auffahren müsste, um Parkplätze zu bauen. Das Thema sei eigentlich einfach und die Motion wäre mit einem recht kleinen Aufwand umsetzbar, um die Probleme der HasliPraxis zu verringern.

Die erste Massnahme könnte darin bestehen, im Rahmen der Friedhofwegsanieuerung ein Auge auf die Problematik zu halten und vor allem endlich vorwärts zu machen. Als so genannte SoMa (Sofortmassnahme) und Überbrückungslösung liessen sich weitere 5 – 7 Parkplätze im Friedhofweg mit "reserviert für HasliPraxis" bezeichnen, so wie die ersten 3 Parkfelder bereits angeschrieben seien. Obwohl die Umsetzung dieser Massnahme ja wohl kaum eine riesen Sache sein könne, werde dagegen argumentiert, dass diese Massnahme keine Rechtsverbindlichkeit habe. Wenn bei Gericht ein Prozess mit einem Haufen Parteivertretern über drei oder vier Tage geführt werde, bezeichne der Abwart jeweils ein paar Parkfelder mit "reserviert für Verhandlung XY", was auch ohne Rechtsverbindlichkeit geschehe und trotzdem würden sich die Leute in der Regel daran halten. Mit dieser Massnahme liesse sich das Problem seiner Meinung nach relativ einfach kleiner machen. Dass dort nicht gebüsst werden könne sei klar, zumal es auch kein primäre Anliegen der Motion sei, Leute zu büssen, die sich nicht daran halten. Er sei davon überzeugt, dass die Beschriftung weiterer Parkplätze einen Effekt hätte, da gemäss den Verantwortlichen der HasliPraxis bereits die drei bestehenden Parkfelder einen Effekt haben, der aber leider noch nicht ausreichend sei.

Er fordere den Stadtrat dazu auf, die Haltung noch einmal zu überdenken und Kommunalpolitik nicht Nationalpolitik mit liberalen Grundsätzen und ohne in den Geschichtsbüchern neben Milton Friedmann verewigt zu sein zu wollen, zu betreiben. Es gehe darum pragmatische Alltagspolitik im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Langenthal zu betreiben. Wer sich für die Motion so gar nicht erwärmen könne, solle sich doch bitte wenigstens der Stimme enthalten!

**Beatrice Lüthi (FDP):** Nach den flammenden und emotionsgeladenen Worten von Stadtrat Pascal Dietrich Sorge sie für eine etwas entspanntere Stimmung, was allerdings nicht deshalb geschehe, weil sie keine Patientin der HasliPraxis sei, da sich ihr Hausarzt in Herzogenbuchsee – der im Übrigen und witzigerweise auch zuwenig Parkplätze habe bzw. mehr Parkplätze gebrauchen könnte - befinde.

Um in der HasliPraxis ein "too big to fail" zu sehen, würde heissen, dass vorgängig ein Ranking der Läden und Angebote der Stadt Langenthal - kategorisiert in Wirtschaftszweige und nach Vornahme einer Bewertung deren Relevanz – zu erstellen wäre.



Im Sinne einer allgemeinen Information stelle sie als eine zu 100% auswärts Berufstätige fest, dass für sie auch der Coop systemrelevant sei und dass sie überaus froh wäre, wenn sie sich jeweils am Samstag für die Einkäufe nicht ins Dorf bringen und nachher wieder abholen lassen müsste, weil dort ohnehin kein verfügbarer Parkplatz für das Fahrzeug gefunden werden könne. Zudem sei ihrer Ansicht nach auch der Beweis nicht erbracht, dass genau das in der Motion verlangte Vorgehen die Lösung sein könne.

Zum Einen werde die Stadt dem Anliegen ohnehin nachgehen und zum Anderen habe sie noch nichts davon gehört, dass auch nur probiert worden wäre, eine eigene Lösung zu finden. Stadtpräsident Thomas Rufener habe zudem erwähnt, dass die Stadt bis anhin in Bezug auf das Parkplatzproblem noch nie offiziell angegangen worden sei.

Lobbying sei gut, müsse aber zur richtigen Zeit und am richtigen Ort passieren und dürfe damit nicht am Anfang aller Bemühungen stehen. Um Parkplätze reservieren zu können, wie dies bei Gericht gemäss Stadtrat Pascal Dietrich bei einem mehrtätigen Monsterprozess der Fall sei, müsste schon ein grosser Unfall passieren oder eine ansteckende Seuche in Langenthal grassieren, so dass sich alle Leute gleichzeitig vom Arzt behandeln lassen müssten, um gerechtfertigt zu sein. Auch dieser Vergleich hinke.

Sie gebe zu bedenken dass mit der Motion "die Büchse der Pandora" geöffnet werden könnte und bitte darum, die Angelegenheit mit Augenmass und Vernunft anzugehen, ohne die Stadt gleich dazu verpflichten zu wollen, etwas tun zu müssen. Sie werde die Motion ablehnen.

**Karin Rickli (GL):** Mit Ausnahme der Partei Grüne Langenthal seien Mitglieder aller Parteien an der Einreichung der Motion beteiligt, was aber nicht heisse, dass die Partei Grüne Langenthal ausgeschlossen worden sei, sondern, dass die Partei Grüne Langenthal auf die Mitwirkung verzichtet habe.

Auf den ersten Blick sei man ganz klar versucht sofort etwas zu unternehmen. Sie habe sich aber näher mit dem Anliegen befasst und sei sehr schnell zum Schluss gelangt, dieses nicht unterstützen zu können. Viele Gründe, die gegen die Unterstützung der Motion sprechen, seien heute schon genannt worden (Bushaltestelle, Wuhrlplatzparkplatz und aufgrund der Information, für wen die Parkplätze wirklich seien). Es würde sie interessieren, welche Patienten diese Parkplätze wirklich brauchen bzw. ob diese Parkplätze wirklich nur von Gehbehinderten benutzt werden.

Sie teile die Meinung des Gemeinderates. Die Bedeutung der HasliPraxis mit der Schaffung von Parkplatz würdigen zu wollen, erachte sie als viel schlimmer, als Äpfel mit Birnen zu mischen.

**Urs Zurlinden (FDP):** Die Diskussion sei endgültig bei den Emotionen gelandet, zumal es heikel sei, etwas gegen Kranke und Patienten zu sagen oder es diesen zu verwehren, mit ihrem Auto genau dorthin zu fahren, wo ihnen von Herrn Dr. Andreas Bieri freundlicherweise die Türe geöffnet werde, um einzutreten zu können.

Er stelle fest, dass für die Liegenschaft genügend Parkplätze zur Verfügung stehen. Dummerweise seien nun aber einige der Parkplätze vermietet, was aber – wie der Stadtpräsident bereits gesagt habe – geändert werden könnte, so dass die HasliPraxis sehr wohl und problemlos 1, 2, 3 oder 4 weitere Parkplätze mieten könnte.

Sein Langenthaler Hausarzt habe übrigens keinen einzigen Parkplatz. Wenn er mit dem Auto und nicht mit dem Velo die Praxis aufsuchen müsse, dann habe er sich selber einen Parkplatz zu suchen.

Die wahnsinnige Idee, die blaue Zone mit Reserviert-Schildern einzudecken, wühle ihn persönlich auf. Diese Idee von einem Rechtsexperten des Gerichtes zu hören, erstaune ihn sehr, da es sich seiner Meinung nach um eine grenzenlose Rechtsverwilderung handle. Mit einem Reservationsschild werde suggeriert, dass ein "Falschparkieren" Konsequenzen haben könnte, obschon in der blauen Zone ganz klar jeder entsprechend den Vorschriften parkieren dürfe. Da er diese Rechtsverwilderung als unverschämte störend erachte, bitte er sogar darum, die bereits heute bestehenden Schilder zu entfernen, um in der Stadt wieder Rechtsklarheit zu schaffen. Diese provokative Bitte richte sich weder gegen die Kranken noch gegen die Arztpraxis.



**Beat Sterchi (SVP):** Nachdem sich nun nahezu jedes Mitglied der FDP zum Thema geäußert habe und da diese Äusserungen beinahe die Vermutung aufkommen lasse, dass sich die FDP kurz vor einer Parteispaltung befinde, **stelle er - in Anbetracht der vorgerückten Stunde - den Ordnungsantrag, die Diskussion zu schliessen und zur Abstimmung zu schreiten.**

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** bittet um Abgabe der Stimme zum Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi und stellt zu Händen des Protokolls fest, dass im Anschluss an die Abstimmung – insofern dem Ordnungsantrag (Schluss der Beratung) zugestimmt werde – Stadtrat Patrick Freudiger das Wort noch erhalten werde, weil sich dieser noch bevor der Ordnungsantrag gestellt worden sei, gemeldet habe (Art. 30 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>):

■ **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi, die Diskussion zu schliessen und zur Abstimmung zu schreiten, mit 32 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung) zu.**

**Patrick Freudiger (SVP):** Erfreut darüber, sich noch vor der Ordnungsguillotine gemeldet zu haben, nehme er im Namen der Motionäre Stellung zum Thema.

Er habe sich relativ viele Stichworte notiert, ohne gewusst zu haben, dass über die vorliegende Motion nun fast gleich lang diskutiert werde, wie über das ESP Bahnhof-Geschäft, worin es um mehrere 10 Mio. Franken gegangen sei. Angesichts der Tatsache, vor einem Monat über den "Gegenvorschlag Hausarztinitiative" abgestimmt zu haben, worin sämtliche Kräfte von links bis rechts noch beteuerten, wie stark sie sich für die Hausärzte einsetzen wollen, sei er ehrlich darüber erstaunt, anlässlich der ersten Nagelprobe heute, eine Stunde über ein paar Parklätze diskutieren zu müssen.

Eine deutsche Studie beweise, dass pro 1'300 Patienten ein Hausarzt nötig sei, um die medizinische Versorgung zu gewährleisten. Ohne HasliPraxis würde es in Langenthal einen Hausarzt pro 4'000 Patienten geben, was eine krasse Unterversorgung wäre. Nur Dank der HasliPraxis habe die medizinische Versorgung etwas korrigiert werden können, obschon diese mit mehr als 2'000 Patienten pro Hausarzt immer noch nicht gut sei. Die HasliPraxis erbringe mehr als die Hälfte der hausärztlichen Dienstleistungen. Ohne den Vergleich mit einer Bank heranzuziehen, könne ohne schlechtes Gewissen gesagt werden, dass diese private Institution ein erhebliches öffentliches Interesse ausübe. Weil dieses öffentliche Interesse etwas höher zu gewichten sei, als dies bei einem Coiffeursalons der Fall sei, komme man mit Überlegungen bezüglich der Präjudiz nicht weiter.

An dieser Stelle korrigiere er auch die Aussage, dass die HasliPraxis nie Kontakt mit der Stadtverwaltung aufgenommen habe. Mit Dr. Andreas Bieri sitze jemand im Verwaltungsrat der Praxis, der ganz sicher Kontakt mit der Stadt aufgenommen habe. Entsprechende Gespräche seien geführt worden, ohne allerdings mit der Türe ins Haus gefallen zu sein.

Es gelte sich der Sensibilität des Themas bewusst zu sein und damit zu wissen, dass nicht einfach jeder dahergelaufene Private Leistungen von der öffentlichen Hand verlangen könne. Die HasliPraxis verlange ja auch kein Geld von der Stadt Langenthal. Mit der Motion werde einzig verlangt, dass die Stadt etwas Hilfe im Rahmen von Sofortmassnahmen leiste und zwar in einem provisorischen Zeitrahmen (bis der Friedhofweg saniert sein werde und dort eine neue Situation mit neuen Parkplätzen bestehe). Bis dies der Fall sei, verlange die HasliPraxis nur etwas Hilfe von der öffentlichen Hand, um die heute schlicht ungenügende Parkplatzsituation zu verbessern.

<sup>1</sup> **Art. 30 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Schluss der Beratung)

<sup>2</sup> Wird Schluss der Umfrage verlangt, so soll darüber ohne weitere Erörterung abgestimmt werden. Wird Schluss erkannt, so erhalten das Wort nur noch diejenigen, die es vorher verlangt haben.



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

In Bezug auf den Begriff "Präjudiz" erinnere er daran, dass ein paar Meter neben der HasliPraxis das städtische Altersheim ausgegliedert werden soll. Bei diesem Geschäft gebe es keinerlei Bedenken, eine private Aktiengesellschaft mit mehreren Millionen Franken an Mitteln der Öffentlichkeit (auch der Stadt) auszustatten, ohne von Präjudiz zu sprechen, obschon es in Langenthal auch einen Lindenhof gebe. Jetzt komme die kleine HasliPraxis und wolle lediglich etwas Hilfe für eine Übergangszeit und plötzlich werde eine ordnungspolitische Schiene gefahren, was ihm unverständlich sei.

Mit der Argumentation gegen das Anliegen werde der Eindruck erweckt, dass die HasliPraxis von der Stadt auf einfachstem Weg einfach Hilfe verlange, was nicht zutrefte. Die Homepage der HasliPraxis zeige den prominenten Hinweis, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Bushaltestelle befinde. Die Praxis versuche auch die Leute auf den öffentlichen Verkehr zu kanalisieren, was aber leider nicht bei allen Leuten mit Gehschwierigkeiten möglich sei. Die HasliPraxis untersage den Mitarbeitern, ihre Autos auf den blauen Zonen Parkplätzen zu parken. Die Berichte in den Vorakten seien somit falsch!

Was im Übrigen den Hinweis auf den nahegelegenen Wuhr-Parkplatz betreffe, so bitte er darum, sich die praktische Situation doch einmal für ältere Leute mit Gehschwierigkeiten vor Augen zu führen. Diesen Leuten sei es allenfalls nicht möglich, alleine oder ohne Gehhilfe den Weg in die HasliPraxis zu gehen, weshalb sie vermutlich von einer weiteren Person begleitet werden. Weil es ja nicht sein könne, von den helfenden Beifahrern zu verlangen, während der Dauer der Behandlung auf dem Wuhrplatz parken zu müssen, brauche es eben Parkplätze in unmittelbarer Nähe der Praxis.

Darüber, die zwei, drei Parkplätze in der blauen Zone beim Kindergarten nicht für die HasliPraxis zu reservieren, lasse sich diskutieren, da der Motionstext einen diesbezüglichen Spielraum offen lasse und womit die Motionäre auch kein Problem hätten. Anders verhalte es sich aber mit den wirklich in unmittelbarer Nähe der Praxis befindlichen Parkfeldern. Diese sollen der HasliPraxis zugänglich gemacht werden, was mittels eines Hinweises geschehen könne, oder indem sie unter finanzieller Beteiligung der Praxis vermietet werden, oder indem öffentliche Parkplätze auf den Parzellen geschaffen werden.

Der Stadt Langenthal stehe es nicht gut an, diese Institution – die im öffentlichen Interesse handle – im Regen stehen zu lassen, nachdem das Gebäude, worin sich die Praxis befinde, ursprünglich für die Spitex geplant gewesen wäre, die dort aber nicht eingezogen sei. ...

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP)** fordert Stadtrat Patrick Freudiger auf, das Votum zu beenden.

**Patrick Freudiger (SVP):** ... Den Motionären leuchte es nicht ein, die Institution im Regen stehen zu lassen, weshalb er um die Erheblicherklärung der Motion bitte.

**Stadtratspräsident Thomas Rufener (SVP):** Die Debatte sei sehr interessant, bedürfe aber der Klarstellung einiger vorgebrachter Argumente. Er habe befürchtet, dass mit und über die Wertigkeit der HasliPraxis argumentiert werde, worum es aber nicht gehe! Vom Gemeinderat als auch von ihm selber sei immer und immer wieder alles unternommen worden, um die Dienste von Dr. Andreas Bieri sowie den Wert der HasliPraxis zu betonen und zu würdigen. Schlussendlich gehe es aber nicht um die Würdigung, sondern um die Parkplatzfrage und in diesem Zusammenhang um die Art und Weise der Kommunikation. Herrn Stadtrat Patrick Freudiger weise er darauf hin, dass es ihm, als ein in verschiedenen Organisationen tätiger Verwaltungsrat, noch nie in den Sinn gekommen wäre, ein Verwaltungsratsanliegen einfach irgendwo anzumelden. Er hätte erwartet, dass sich der Verwaltungsrat der HasliPraxis mit einem Beschluss an die Stadt wende, womit das Problem angegangen werden könnte. Mit der eingereichten Motion sei aber ein anderer Weg der Kommunikation gewählt worden. Die von 12 Stadträtinnen und Stadträten (rund 1/3 der Ratsmitglieder) eingereichte und unterzeichnete Motion brauche nur noch ein paar Stimmen mehr, um erheblich erklärt zu werden, was zeige, dass sich auch auf diese Art ein politisches Anliegen durchsetzen lasse.



Er habe bereits erwähnt, dass es keine Rolle spiele, wie über die Motion abgestimmt werde, da der Gemeinderat ohnehin mit der HasliPraxis Kontakt aufnehmen werde, um zu versuchen, eine sinnvolle Lösung zu finden. Mit der Lösungssuche werde aber allenfalls an einem anderen Ort begonnen, als die Motion vorgebe, indem probiert werde die bewilligten Parkplätze innerhalb der Liegenschaft so zu nutzen, dass sie auch sinnvollerweise im Sinne der HasliPraxis zur Verfügung stehen.

Am Umstand, dass sich heute die HasliPraxis und nicht die Spitex in den Räumlichkeiten befinde, sei die Stadt höchstens flankierend beteiligt gewesen, da die Liegenschaft schliesslich einer Pensionskasse gehöre, die aufgrund der nichtzustande gekommenen Vermietung der Räumlichkeiten an die Spitex einen anderen Mieter gesucht und in der HasliPraxis gefunden habe. Die Stadt sei flankierend im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens und aufgrund der abgegebenen Empfehlung bezüglich der Nähe zum SRO beteiligt gewesen, was seiner Meinung nach im Rahmen des gesamten Gesundheitsversorgungssystems der Stadt Langenthal der richtige Weg sei.

Trotz der vielen vorgebrachten Argumente rund ums Auto, rund um die medizinische Grundversorgung und am Schluss rund um die Übereinstimmung, dass ein gehbehinderter Patient in der Nähe parkieren können müsse, werde sich die Lösungssuche nicht einfach gestalten.

### III Abstimmung:

#### I. Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

**Die Motion Bärtschi Matthias (BDP), Bayard Paul (SP), Dietrich Pascal (jll), Di Nino Roberto (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Gfeller Markus (FDP), Greber Beatrice (SP), Lanz Rahel (EVP), Schaller Albert (SVP), Stäger Christoph (glp), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Trachsel Ruth (EVP) vom 12. Mai 2014: Sofortmassnahmen gegen den Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

#### II. Der Stadtrat beschliesst mit 16 Stimmen Ja gegen 19 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen):

**1. Die Motion Bärtschi Matthias (BDP), Bayard Paul (SP), Dietrich Pascal (jll), Di Nino Roberto (SVP), Freudiger Patrick (SVP), Gfeller Markus (FDP), Greber Beatrice (SP), Lanz Rahel (EVP), Schaller Albert (SVP), Stäger Christoph (glp), Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Trachsel Ruth (EVP) vom 12. Mai 2014: Sofortmassnahmen gegen den Parkplatzmangel bei der HasliPraxis AG wird erheblich erklärt.**

**2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## 8. Einfache Anfrage Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2014 betreffend Standort Wochenmarkt; Beantwortung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP):** Als das Projekt "Obere Marktgasse" in Betrieb genommen worden sei, habe der Markt auf den Wuhrplatz umquartiert werden müssen. In diesem Sinne sei nie bestritten worden, dass der Markt bei Fertigstellung des Projekts wieder zurück in die Marktgasse verlegt werde.

Er habe diesen Frühling vom Polizeiinspektorat abklären lassen, ob – nachdem der erste Teil der Marktgasse bereits umgebaut gewesen sei – der Markt bereits wieder in die Marktgasse verlegt werden könnte. Da die Marktfahrer aber eben nicht per Ballon sondern mit Fahrzeugen anreisen, und die Marktgasse wegen der Baustelle nicht durchgehend befahrbar sei, sei ein vorverlegter Umzug des Marktes nicht in Frage gekommen.

Ende August werde der Bau in der Marktgasse beendet sein. Am Samstag Vormittag, 6. September 2014, werde ein Eröffnungsanlass durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt werde auch der Wochenmarkt erstmals wieder in der Marktgasse stattfinden.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

## 9. Mitteilungen des Gemeinderates

-

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**10 A. Eingereichte Motion Dietrich Pascal (JL), Felber Lukas (JL), Grimm-Berchtold Silvia (BDP), Lanz Rahel (EVP), Moser Martina (SP), Moser Peter (FDP) und Urs Zurlinden (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. Juni 2014: Mehr Krippenplätze in Langenthal**

Motionstext:

**"Mehr Krippenplätze in Langenthal**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, nach Lösungen zu suchen, um das Angebot an Krippenplätzen in Langenthal rasch angemessen erweitern zu können.*

*Begründung:*

*In der Stadt Langenthal mit ihren fast 16'000 Einwohnern gibt es nur eine einzige Kinderkrippe. Diese wird vom Krippenverein Langenthal betrieben. Die Stadt Langenthal schliesst mit dem Krippenverein jeweils eine Leistungsvereinbarung ab. Darin überträgt die Stadt als Auftraggeberin dem Verein als Auftragnehmer die Aufgabe, familienergänzende Kinderbetreuung in Langenthal anzubieten. Aktuell stellt der Verein für die Stadt 56 subventionierte Kindertagesstättenplätze zur Verfügung. Darüber hinaus darf er 10 privat finanzierte Plätze führen. Die subventionierten Plätze werden dem Verein von der Stadt abgegolten, dies unter dem Vorbehalt, dass die vereinbarten Leistungen dem kant. Lastenausgleich zugeführt werden können.*

*Seit längerer Zeit übersteigt die Nachfrage nach Krippenplätzen das Angebot in Langenthal deutlich, die Warteliste wurde sukzessive länger und länger. In den vergangenen Monaten hat sich die Situation derart verschärft, dass Wartefristen von über einem Jahr die Regel sind. Die Lage ist derzeit so, dass werdende Eltern in Langenthal nicht innert nützlicher Frist einen Krippenplatz für ihren Nachwuchs finden.*

*Das Angebot familienergänzender Kinderbetreuung ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Die Situation in Langenthal ist derzeit unhaltbar. Man kann sich fragen, weshalb bei dieser Ausgangslage keine privat geführten Krippen eröffnet werden. Offenbar ist momentan die Bevölkerungsstruktur in Langenthal so, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen kostendeckenden Betrieb privater Krippen nicht gegeben sind (zu geringer Anteil an gutverdienenden Eltern), abgesehen davon, dass ausgebildete Fachpersonen die Initiative ergreifen müssten. Kurzfristig dürfte es deshalb zu einer Erweiterung der bestehenden Krippe keine Alternativen geben. Mittel- und langfristig könnte aber auch die Suche nach einer privaten Lösung als Ergänzung sinnvoll sein. Die Stadt wäre hier mit einer aktiven Kontaktaufnahme zu privaten Anbietern und evtl. Unterstützung bei der Raumsuche ebenfalls gefordert.*

*Der Gemeinderat wird vor diesem Hintergrund beauftragt, nach Lösungen zu suchen, um das Platzangebot in der Kinderkrippe rasch erweitern zu können. Mit Blick auf die wie erwähnt sehr lange Warteliste und die ungebrochene Nachfrage müsste eine Erweiterung um 15 bis 20 Plätze ins Auge gefasst werden. Selbstverständlich sollen auch diese zusätzlichen Leistungen dem Lastenausgleich zugeführt werden. Entsprechende Abklärungen sind zu treffen.*

*Tatsache ist, dass die Zeit drängt, weil zahlreiche junge Familien in Langenthal auf einen Krippenplatz angewiesen sind und Überbrückungslösungen mit Grosseltern etc. bereits andauern. Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, dem Anliegen hohe Priorität einzuräumen."*

*Pascal Dietrich, Lukas Felber, Silvia Grimm-Berchtold, Rahel Lanz, Martina Moser, Peter Moser und Urs Zurlinden*



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

<sup>2</sup> Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



## 10 B. Eingereichte Interpellation Grädel-Fankhauser Therese (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. Juni 2014 betreffend "Bienenfreundliche Stadt?"

Interpellationstext:

*"Jedes Jahr erfreue ich mich immer wieder an den schönen Bepflanzungen durch die Gärtner des Werkhofes, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte. Nun ist mir aber beim genaueren Hinsehen aufgefallen, dass dieses Jahr einige Pflanzen eingepflanzt worden sind, die von den Bienen nicht besucht werden wie z.B. Geranien. Dies ist sehr schade, denn die Bienen benötigen viele Möglichkeiten um regelmässig ausfliegen zu können.*

*Wie wir alle wissen, ist der Pflege der Bienen grösste Sorgfalt zu gewähren, wofür wir auch Verantwortung tragen, denn keine Bienen heisst auch kein Leben!*

Meine Fragen:

- Werden bei den Bepflanzungen von städtischen Anlagen und Gefässen der Pflege der Bienen bedacht?
- Werden Spritzmittel (wenn überhaupt) eingesetzt, welche für Bienen ungefährlich sind?
- Gibt es vielleicht sogar ein Projekt das die «Bienenfreundlichkeit» angeht und unterstützt?

*Für die Prüfung meines Anliegens danke ich bestens."*

*Therese Grädel-Fankhauser und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates<sup>1</sup>

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

<sup>3</sup> Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



# Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014

## 11. In eigener Sache

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Mit Schreiben vom 1. Juni 2014 habe Stadträtin Nathalie Scheibli (SP) mitgeteilt, per Ende Juni 2014 aus dem Stadtrat zurückzutreten, womit sie am heutigen Abend ihre Dernière habe.

Stadträtin Nathalie Scheibli sei seit dem Jahre 1999 Mitglied im Stadtrat. Sie habe verschiedene Ämter bekleidet (Stimmenzählerin; Mitglied der Geschäftsprüfungskommission; Mitglied der Bau- und Planungskommission und Mitglied der Kulturkommission, wo sie seit dem Jahre 2009 das Vizepräsidium innehabe).

Im Namen des Stadtrates und mit den besten Wünschen für die Zukunft danke er Stadträtin Nathalie Scheibli für die beeindruckende Leistung zum Wohle Langenthals mit der Übergabe eines Blumenstrausses.

**Nathalie Scheibli (SP):** *"Eigentlich habe ich das Gefühl gehabt, nach so manchem Jahr, heute nach vorne zu treten und sprechen zu können, ohne auf einen Zettel zu blicken. Um aber bei meinen letzten Worten in der Runde des Stadtrates nicht ins Stottern zu geraten, habe ich einen Spicker dabei.*

*Während eines Drittels meines Lebens habe ich Zeit in die stadträtliche Politik investiert. Meine Voten sind meistens kurz und prägnant gewesen, was auch am heutigen Abend nicht anders sein soll. Nach 15 Jahren steige ich nun aus den Stadtratsschuhen aus und ziehe mir Gewerkschaftsstiefel über.*

*Bei Bildungsanliegen habe ich mich in all den Jahren fast immer unterstützt gefühlt. Die bitterste Pille der letzten Jahren habe ich sicher wegen des Verzichts auf die Einführung der Schulsozialarbeit schlucken müssen. Ich werde auch in Zukunft Spuren in Langenthal hinterlassen und freue mich auf meine Einsätze in den Bereichen: Kultur; Spielplätze; Sanierung Stadttheater und natürlich Bildung.*

*Vom Stadtrat wünsche ich mir, dass sich dieser zu einer marginalen Steuererhöhung überwinden kann, um so den momentanen Spardruck und Streichungen im Budget zu vermindern.*

*Ich danke allen, die mich in der langen Zeit unterstützt haben. Ich danke auch meinen politischen Gegnern, durch die ich oft erst recht zum Kampf für soziale Gerechtigkeit herausgefordert worden bin. Ein spezieller Dank geht an Gaby Heiniger, die die Arbeit des Parlaments akribisch dokumentiert; an Mirjam Tschumi und ihren Vorgänger Daniel Steiner, die darum besorgt sind, dass alles mit rechten Dingen zugeht und an die Verwaltungsgestellten, von denen die vielen Seiten, die ich in den vergangenen Jahren gelesen habe, geschrieben worden sind.*

*Den Ratsmitgliedern wünsche ich alles Gute beim Weiterpolitisieren!"*

*(Applaus)*

**Stadtratspräsident Markus Bösiger (FDP):** Mit dem besten Dank für die angeregte Sitzung und für die Bemühungen gewisser Gemeinderäte, zum effizienten Ratsbetrieb beigetragen zu haben, weise er darauf hin, dass die nächste Stadtratssitzung am 18. August 2014 - mit voraussichtlichem Sitzungsbeginn 18.00 Uhr - stattfinden werde.

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



## Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung von Montag, 23. Juni 2014



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal